

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 29. Oktober 2012,**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

22. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr

Ende der Sitzung: 18.26 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 21. Sitzung des Gemeinderates vom 24.09.2012 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Herbert Pernkopf

Walter Zaunmüller

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Markus Wiesinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriffthführer:

W.AR. Inge Maderthaner

Beate Wiesinger

Entschuldigt:

GR. Mag. Günter Lehner (FPÖ)

GR. LAbg. Dr. Peter Csar (ÖVP)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 22.10.2012 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Aktuelle Stunde

Ordnungswache:

StR. Kroiß: Das Thema der aktuellen Stunde lautet: Die Welser Ordnungswache.

Die Ordnungswache wurde 2009 über Initiative der Welser Freiheitlichen ins Leben gerufen und sorgt seitdem für Ruhe, Ordnung und Sauberkeit in unserer Stadt. Sie sorgt aber auch durch ihre öffentliche Präsenz für mehr Sicherheit und ist eine wertvolle Unterstützung für die Welser Polizei. Ich glaube, sie macht ihre Sache sehr gut. Die Ordnungswache besteht aus sieben Männern und einer Frau. Aufgrund dieser Personalstärke ist jedoch der Beschäftigungsradius der Ordnungswache sehr eingeschränkt. Wenn es dazu noch zu einem Brennpunkt, wie am Welser Bahnhof kommt, der eine ständige Überwachung notwendig macht, dann leidet natürlich ein anderer Stadtteil, insbesondere die Innenstadt, darunter.

Bereits im Dezember 2011 haben wir im Gemeinderat einen Antrag auf Aufstockung des Personals eingebracht. Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen. Nun neigt sich das Jahr 2012 dem Ende zu und dieser Gemeinderatsauftrag wurde noch immer nicht vollzogen. Die Ordnungswache wurde immer noch nicht aufgestockt. Auch wenn intern eine Nachbesetzung sehr schwierig durchzuführen ist, so sollten sie doch, sehr geehrter Herr Bürgermeister, als erster Personalreferent innerhalb eines Jahres eine Entscheidung fällen.

Die zweite Angelegenheit ist diese Kompetenzlosigkeit der Ordnungswache, die immer wieder kritisiert wird und wir bereits mehrmals Anträge auf Kompetenzerweiterung gestellt haben, weil sie, bis auf das Einschreiten nach dem Betteleigesetz, wie eine Privatperson handelt. Das Land Oberösterreich geht hier einen anderen Weg, weil sie in einem gewissen Landesgesetz der Ordnungswache Kompetenzen einräumt. Dies wird zum Beispiel beim Oo. Hundehaltegesetz sein, in dem die Ordnungswache in den Statutarstädten eine gewisse Handhabe bekommt. Auch hier verstehe ich sie nicht, Herr Bürgermeister, wenn sie über die Medien ausrichten lassen, dass sie diese Kompetenzerweiterung auf keinen Fall wollen und dieser auch nicht zustimmen werden.

Ich glaube trotzdem, dass dies ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Unser Vorbild ist die Steiermark mit dem steiermärkischen Organenaufsichtsrecht, in welchem dezidiert niedergeschrieben ist, was eine Ordnungswache tun darf und was nicht. Im Vorhinein schon zu sagen, dass man diese Kompetenzerweiterung vom Land nicht will, finde ich einfach falsch. Die Probleme mit den freilassenden Hunden, Hunde ohne Beißkorb oder Hunde die überall ihr Geschäft verrichten, stellen gerade in der Welser Bevölkerung ein großes Problem dar. Hier sollten wir auf alle Fälle der Ordnungswache diese Kompetenz einräumen.

Ich gebe ihnen Recht, Herr Bürgermeister, wenn sie sagen, es kann nicht sein, dass sich Bund und Land von gewissen Aufgaben zurückziehen, die Gemeinden diese Aufgaben übernehmen müssen und dafür keine finanzielle Abgeltung erhält. Da müssten wir uns schon selber an der Nase nehmen. Unsere Vertreter in den Gremien sollten bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit darauf hinweisen, dass wir als Gemeindevertreter darauf drängen den Gemeinden eine finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Abschließend möchte ich noch sagen, dass der Stadt Wels die Sicherheit unserer Bürger etwas Wert sein soll und wir dafür natürlich Geld in die Hand nehmen müssen. Danke.

Bgm. Dr. Koits: Danke, gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann nehme ich, diese Wortmeldung zur Kenntnis und werde die betroffenen Referenten hier zu einem Gespräch einladen, um eine Lösung zu suchen. Danke.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Steigerung und Festigung der Lesekompetenz von Schülern in Welser Volksschulen,
Resolution an das Bundesministerium für Unterricht Kunst und Kultur
DI-Verf-358-2012

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Markus Wiesinger: Der gegenständliche Antrag ist aus meiner Sicht nicht dringlich. Das Schuljahr 2012/13 ist im Laufen und die Vorbereitungen auf das Schuljahr 2013/14 werden nächstes Jahr beginnen. Auf Grund dessen hätte es genügt diese Angelegenheit in Form eines Initiativantrages im Dezember im Gemeinderat zu behandeln. Wir werden diesem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Im Antrag ist auch die Antragsformel formuliert. Mit dem zweiten Semester 2013 soll dies umgesetzt werden und darum glauben wir, dass die Dringlichkeit vorliegt.

StR. Dr. Rabl: Ich stelle mir die Frage, wenn dieser Antrag nicht dringlich ist, welcher ist es dann überhaupt? Ich freue mich, dass die SPÖ endlich erkennt, dass es an den Volksschulen Sprachdefizite gibt und dieses Problem nicht mehr geleugnet sondern aktiv angegangen wird. Es handelt sich hier um eine Resolution. Dies bedeutet etwas

Aufforderndes, das heißt, dafür zuständige Gremien werdet endlich aktiv. Jeder der Politik auf höherer Ebene, auf Landtags- und auf Bundesebene kennt, weiß, dass Maßnahmen nicht nach vier Monaten umgesetzt werden, sondern oft Jahre dauern. Wer bezahlt sie und woher kommen diese überhaupt, darüber wird gestritten. Auf Grund dessen weiß man, dass diese Maßnahme absolut dringlich ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine gesetzgebende Organisation auf Landes- oder Bundesebene in drei Monaten ein Gesetz erlassen kann. Deswegen sollten wir diese Resolution sofort beschließen und deshalb ist sie natürlich auch dringlich. Das Einzige was mir auffällt ist, dass die SPÖ sehr spät mit diesem Thema beginnt.

Dem Antrag (Anlage 1) wird die Dringlichkeit mit

gegen 27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
7 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)
zuerkannt.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates,
Tausch in der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
DI-Verf-344-2012

Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion hat einen Wahlvorschlag für eine Nachwahl in den Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss eingebracht. Über diesen Wahlvorschlag ist in Fraktionswahl abzustimmen. Stimmberechtigt ist die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion. Da hierzu ein Amtsbericht vorliegt erspare ich mir – mit ihrem Einverständnis – die Verlesung des Wahlvorschlages.

Der Wahlvorschlag (Anlage 2) wird durch Erheben der Hand in GRÜNE-Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

2.)

Ankauf eines LKW's mit Allradantrieb, Kipperaufbau, Schneepflug und Streugerät;
Auftragsvergabe
SB-Fu-371-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 19.10.2012:

Der Auftrag zur Lieferung eines Dreiachs-LKW's mit Allradantrieb, Kipperaufbau, Schneepflug und Streugerät (Anlage 3) gemäß Angebot vom 20.07.2012, inkl. v-Charge der BBG (0,2 %), in der Höhe von € 230.758,60 inkl. USt. ist im Wege der BBG an die Fa. MAN Nutzfahrzeuge Vertrieb Süd AG, MAN-Straße 1, 2333 Leopoldsdorf, zu erteilen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Welios Betriebs-GmbH;
Gewährung von Gesellschafterzuschüssen bzw. Subventionen
FD-BetM-26-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 19.10.2012:

1. Der Beschluss des Gemeinderates vom 12.12.2011 wird wie folgt geändert bzw. ergänzt:
 - 2.b. gewährt die Stadt Wels der Welios Betriebs-GmbH eine Förderung bzw. einen Gesellschafterzuschuss für das Geschäftsjahr 2012 in Höhe von maximal € 420.000,-- und für das Geschäftsjahr 2013 in Höhe von maximal € 430.200,--.
2. Die Stadt Wels gewährt nach Maßgabe der jeweils im jährlichen Voranschlag bzw. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für die Welios-Betriebs-GmbH zur Abdeckung des Jahresfehlbetrages bereitgestellten Mittel eine Förderung bzw. einen Gesellschafterzuschuss, wobei nicht verbrauchte Mittel aus Vorjahren auf das nächste Jahr übertragen werden können. Die Auszahlung erfolgt je nach Bedarf in monatlichen oder quartalsweisen Beträgen.
3. Der Gesellschaftervertreter der Stadt Wels wird beauftragt und ermächtigt, in der jeweiligen Generalversammlung einem Gesellschafterzuschuss bis maximal in Höhe der jeweils jährlich im Voranschlag bzw. durch Nachträge vom Gemeinderat genehmigten Mittel zuzustimmen, wobei nicht verbrauchte Mittel aus Vorjahren auf das nächste Jahr übertragen werden können.

Bgm. Dr. Koits: Sie wissen am 05.11.2012 beginnt Mag. Holl als neuer Geschäftsführer mit seiner Tätigkeit. Mag. Michael Holl hat sich im Bewerbungsverfahren als der Bestgereifte herausgestellt und wurde mit gemeinsamen Vorschlag zum Geschäftsführer bestellt. In der letzten Aufsichtsratsitzung konnte er sich bereits präsentieren. Wir führten in der Aufsichtsratsitzung eine sehr gute Diskussion über das Welios und empfahlen ihm sich stark einzubringen. Die Aufgabe, die auf ihn wartet, ist sicherlich nicht leicht. Ich denke als Politik sollten wir hinter Mag. Holl stehen, ihm das Leben nicht

schwer machen und ihn bei der Durchführung seiner Aufgaben unterstützen. Das wurde im Präsidial- und Integrationsausschuss als auch im Aufsichtsrat so bekundet. Nach den Diskussionen in den letzten Monaten ist nun etwas Ruhe eingeekehrt. Dies ist wichtig für ein Vorzeigeobjekt, für diese Bildungseinrichtung mit Erlebnischarakter. Die beiden Geschäftsführer, Mag. Schneider und Herr Jungreithmair, haben in diesem Jahr des Überganges versucht, entsprechende neue Akzente zu setzen. Sie haben dazu Konzepte ausgearbeitet, die mit dem Land Oberösterreich noch weiter akkordiert werden müssen.

Ich hoffe bei der zuständigen Landesrätin einige Termine zu erhalten, wo wir vertieft in die Materie eintreten können. Es gibt sicher einige noch zu behandelnde und zu bearbeitende Themen. Denn letztendlich ist das Land fast zu 50 % Gesellschafter der Oö. Science-Center Wels ErrichtungsgmbH und es muss natürlich auch Interesse an einem klaglos ablaufenden Betrieb haben. Die beiden Geschäftsführer (Mag. Schneider und Herr Jungreithmair) stellten eine entsprechende Prognoserechnung an. Sie sind von einer Besucheranzahl von 70.000 für die Jahre 2012 und 2013 ausgegangen und haben festgestellt, dass aufgrund dieser Besucheranzahl, mit den ursprünglich vorgesehenen 250.000 Euro, die vom Gemeinderat beschlossen wurden, nicht das Auslangen gefunden wurde. Für das Jahr 2012 benötigen sie nochmals 170.000 Euro und für das Jahr 2013 als Vorsorgemaßnahme nochmals 430.200 Euro. Das heißt, wir sollen 420.200 Euro für das Jahr 2012 und 430.000 Euro für das Jahr 2013 beschließen.

Persönlich bin ich enttäuscht, dass die ursprünglichen Erwartungen nicht in der Dimension eingetreten sind – leider. Ich halte das Welios für eine ausgezeichnete Bildungseinrichtung und kann mir vorstellen, dass bei entsprechendem Einsatz unseres neuen Geschäftsführers ein richtiger und wichtiger Schritt nach vorne gemacht wird. Bitte um Beschlussfassung.

StR. Dr. Rabl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich muss sie gleich am Anfang entsprechend korrigieren. Sie sprechen von Erwartungen, die wir vom Welios hatten. Die FPÖ-Fraktion hatte keine Erwartung. Die Erwartungen hatten die SPÖ- und die ÖVP-Fraktion, denn wir sagten von Anfang an, dass das Welios, so wie es sich darstellt und gerechnet wird, eine riesen Pleite werden wird.

Dies ist natürlich auch eingetreten. Als die Businesspläne zu Beginn besprochen wurden, ging man von 275.000 bis 350.000 Besucher aus. Gleichzeitig sollte das Welios einen Gewinn von 700.000 Euro bei 350.000 Besucher erzielen. Was ist tatsächlich passiert? Wir haben nicht einmal 60.000 zahlende Besucher geschafft und einen Verlust von 430.000 Euro eingefahren. Dieser ist aus meiner Sicht noch geschönt, weil es dementsprechend noch Betriebe im Stadteigentum gibt, die zusätzlich ein kleines Körbergeld in Höhe von ein paar 100.000 Euro beisteuerten. Gut, oder besser gesagt nicht gut. Die damals ausgestoßenen Warnungen sind verhallt. Ich kann mich noch erinnern, Hermann Wimmer sagte voriges Jahr zur gleichen Zeit, der Abgang des Welios wird maximal fünfstellig sein. Inzwischen sind wir bei 430.000 Euro. Diese Summe ist deutlich mehr als fünfstellig. Voriges Jahr waren wir knapp bei 1 Mio. Euro, dieser Betrag ist sogar siebenstellig.

Eine traurige Entwicklung, wenn man bedenkt, dass die Projektgesellschaft alleine 1,8 Mio. Euro für ein paar Blätter Papier erhalten hat. Hier muss man sich schon die Frage nach der politischen Verantwortung stellen. Wie wurde mit diesen Geldern umgegangen? Wer hat das trotz der Warnungen, die wir jahrelang ausgesprochen haben, be-

sprochen? Diese politische Verantwortlichkeit fehlt mir bis heute. Wir tragen zwar den Beschluss, so wie es sich jetzt darstellt, verweisen aber bereits jetzt darauf, dass es einen massiven Änderungsbedarf gibt, um das Welios erfolgreich zu führen. In der Vergangenheit sind sehr viele Dinge schief gegangen, weil man einfach nicht auf unsere Warnungen hörte. Ich kann bis heute nicht verstehen, warum uns zum Beispiel in einer Sitzung der verlangte Businessplan nicht vorgestellt wurde. Wenn wir sagten, wir wollen mit der Firma Petri & Tiemann als den damaligen Konzeptionisten reden und uns die Sache erklären lassen, teilte man uns mit, wir bräuchten das nicht, wir kennen uns nicht aus. Das heißt, wir stellten schon sehr oft auch im Gemeinderat einen Antrag auf Überprüfung des Welios, aber all diese Warnungen sind völlig erfolglos verhallt.

Wenn man jetzt diese Einmalzahlung von 430.200 Euro hernimmt, so ist das ein Betrag, wo ich schon im vorigen Dezember gesagt habe, dass 250.000 Euro Abgangsdeckung nicht reichen werden. Der Businessplan wird wieder nicht stimmen. Jetzt haben wir also den tatsächlichen Wert von 430.200 Euro vorliegen. Man muss auch hier sagen, dass die Geschäftsführung das Letzte aus dem Welios herausholte und sparte, wo es überhaupt ging. 430.200 Euro, das ist die Abgangsdeckung, die wir jetzt tatsächlich bezahlen. Wenn man das jetzt ein bisschen umrechnet, dann weiß man, dass jede Welios-Karte mit 6 Euro von der Stadt subventioniert wird. Das muss man sich schon auf der Zunge zergehen lassen. Was wäre gewesen, wenn wir gesagt hätten, jeder der ins Welios kommt, also 60.000 bis 70.000 Besucher, gebe ich einen Einkaufsgutschein über 6 Euro. Damit hätte ich mir eine 20 Mio. Euro Subvention erspart. Rechne ich die 20 Mio. Euro Subvention für den Bau noch dazu, würde dieser Betrag noch wesentlich höher ausfallen.

Das heißt also, wir kritisieren nach wie vor ganz massiv die Planung und den Ablauf des Welios. Was ist jetzt die Alternative? Man kann zwar immer darüber schimpfen, aber was bleibt uns jetzt? Erstens als Lehre und zweitens die Frage der weiteren Vorgangsweise. Und da war es aus meiner Sicht durchaus richtig, nach einem längeren Diskussionsprozess das Welios vor dem Konkurs zu retten. Und es stand vorigen Dezember vor dem Konkurs. Es war ein Dringlichkeitsantrag notwendig, in dem erstens die Stadt Wels alle Anteile übernommen und zweitens als Sofortmaßnahme 250.000 Euro zugeschossen hat. Dass die nächsten 250.000 Euro für 2012 nicht gereicht haben, ist jetzt klar und liegt auf dem Tisch. Ich hoffe, dass diese Zahl diesmal hält und sie scheint auch durchaus realistisch. Ich meine aber, dass dieser Betrag zu gering für 2013 ist. Jetzt haben wir einen neuen Geschäftsführer, der sollte dem Welios seinen Stempel aufdrücken. Was bedeutet das? Er sollte sich überlegen, ob das Welios seitens des Marketings richtig konzeptioniert, die Ausstellung richtig konzipiert ist. Spreche ich die richtigen Leute an, die richtigen Altersklassen, was kann an der Ausstellung verbessert werden und wo kann ich ein bisschen drehen und schrauben, damit sich das auf die Besucheranzahl auswirkt und der Abgang geringer wird? Gebe ich ihm dafür irgendeine Möglichkeit? Leider nein, gebe ich ihm nicht. Denn mit dem Betrag, den wir heute beschließen, kann er den Betrieb nur in einem Mindestmaß aufrechterhalten. Ich bin ein Kritiker des Welios gewesen und ich bin es nach wie vor, wenn man sich die Vorgangsweise überlegt. Aber ich sage, wenn ich etwas neu beginne und neu positionieren möchte, dann braucht es auch ein Geld. Und mir ist es lieber, wir stecken einmal ein Geld hinein und machen eine richtige Positionierung, verringern dadurch die Abgänge und erhöhen damit die Besucherzahl, als wir „wurschteln“ weiter so dahin. Und das ist auch die Kritik an dieser Zahl. Ich habe es bereits mehrmals formuliert und gesagt, dass man dem neuen Geschäftsführer einen Spielraum geben soll, damit er dem Welios seinen eigenen Stempel aufdrücken kann. Leider ist das nicht passiert. Ich hoffe aber,

wenn er richtige Projekte vorstellt, wenn er richtige Konzepte erarbeitet, dass er auch noch im Einzelfall seitens der Stadt Wels Unterstützung erhält und dafür sind wir dann sicher auch zu haben.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte mich zuerst einmal bei den Übergangsgeschäftsführern sehr herzlich bedanken. Ich glaube, dass diese beiden wirklich gute Arbeit geleistet haben und wir jetzt eine Basis haben, auf der wir aufbauen können. Es freut mich hier berichten zu können, dass wir uns im Aufsichtsrat darüber geeinigt haben, dass wir versuchen werden, das Welios aus der politischen Debatte herauszuhalten. Denn wenn eine Geschichte uns ganz massiv geschadet hat, dann war es die, dass wir immer mit dem Welios in einer politischen Debatte gewesen sind.

Beispielsweise wurde mir erzählt, dass in einem Kaffeehaus eine Debatte darüber geführt wurde, ob man denn das Welios überhaupt noch besuchen kann. Wenn man sich die Entwicklung darüber anschaut, stellt sich die Frage, ob das Welios nicht geschlossen ist? Das heißt, es wurde im Marketing und in der Öffentlichkeitsarbeit der Heimmarkt vernachlässigt. Es wurde nichts gemacht, dass die Welser und Welserinnen das Welios besuchen. Sie alle können sich an die Eröffnungsveranstaltung erinnern. Es hat jedoch keinen Tag der offenen Tür gegeben. Der erste Schritt im Marketing ist, dass wir die Welser und Welserinnen für das Welios begeistern müssen.

Das Welios ist eine Bildungseinrichtung. Es ist wichtig heute diesen Beschluss zu fassen und für den neuen Geschäftsführer eine neue Basis zu legen, auf der von Grund auf aufgebaut werden kann. Die Grundlage wird sein, dass wir gemeinsam das Welios aus der politischen Debatte heraushalten.

GR. Walter Zaunmüller: Ich habe jetzt sehr viele Dinge gehört, denen ich zustimmen kann, aber manches hat mir auch nicht so gut gefallen. Ich möchte mich jedoch den Aussagen von Kollegen Reindl-Schwaighofer anschließen. Mag. Schneider und Dir. Jungreithmair haben nach strengen wirtschaftlichen Kriterien das Welios einigermaßen auf Kurs geführt. Dafür sei ihnen tatsächlich herzlich gedankt.

Was nun die Erwartungen betrifft, von denen auch sehr viel die Rede war, möchte ich Folgendes sagen. Die Erwartungen der ÖVP waren sicherlich nie, dass das Welios unwahrscheinlich große Gewinne abwerfen wird und somit die Stadtkasse entsprechend gefüllt werden kann, sondern wir haben dies schon sehr realistisch gesehen.

Das Welios wird wohl oder übel immer eine Bildungseinrichtung bleiben, als solches sehen wir das Welios auch. Wie es mit den großen Gewinnen bei den Bildungseinrichtungen ist, das wissen sie wohl auch ganz genau.

Herr Mag. Holl hat heute schon viele Vorschusslorbeeren erhalten, da er sich ja in seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit schon sehr bewährte. Ich traue ihm deshalb zu, dass er das Welios aus der politisch geredeten Krise herausführt. Das ist mir ganz wichtig. Das Schlimmste wäre, dass wir, die ja in der politischen Verantwortung stehen, unser Kind, ob man jetzt das Welios so nennt oder nicht, krank jammert. Genau das Krankjammern verursacht eine gewisse Missstimmung und die können wir nicht brauchen. Eines ist mir auch noch wichtig. Wenn man bei einer Subvention der Abgangsdeckung einen Betrag von 420.000 Euro bzw. 430.200 Euro vom „Dahinwurschteln“ spricht, dann weiß ich nicht, wo die großen Beträge sind. Denn die großen Beträge von

420.000 Euro von 2012 und 430.200 Euro für 2013 sind für mich alles andere als „dahinwurschteln“.

Die Welser Volkspartei bekennt sich ganz klar zum Welios. Versuchen wir eine positive Stimmung weiterzutragen. Wir werden deshalb diesem Antrag zustimmen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir wissen alle, dass die ursprünglichen Prognosen über die zu erwartenden Besucherzahlen des Welios nicht eingetroffen sind. Das ist eine Tatsache, damit müssen wir leben. Jetzt geht es darum, das Welios zu stärken und diese Einrichtung zu dem zu machen, was es ist, nämlich eine Kultur- und Bildungseinrichtung in unserer Stadt. Hier haben wir ja eine ganze Reihe, die auch nicht kostendeckend geführt werden können.

Ich glaube, dass es jetzt darum geht, dem Welios eine Ausgangsposition zu verschaffen, die für die Zukunft beste Aussichten verspricht. Die erste Voraussetzung ist, dass sich ein neuer Geschäftsführer full time damit beschäftigen kann wie die Neuausrichtung aussehen soll. Ich hoffe, dass hier viele neue Ideen kommen werden.

Somit glaube ich auch, dass die veranschlagte Summe nicht ausreichen wird. Wir können davon ausgehen, dass dieser Abgang mit der vorgegebenen Summe nicht abgedeckt und damit der neue Geschäftsführer keine großen Sprünge machen kann. Es wäre gut, wenn alle Fraktionen sich darüber verständigen könnten, ob es hier noch eventuelle Aufbesserungen des Budgets geben kann, wenn sich herausstellt, dass ein neues Konzept bestimmte Maßnahmen erfordert, die mit dieser Summe nicht bewerkstelligt werden können. Das sollte man auf jeden Fall offen halten, sonst sind wir selbstverständlich für diesen Antrag.

Vzbgm. Dr. Wieser: Wenn ich mir hier den Kollegen Reindl-Schwaighofer anhöre, wie er sozusagen die Schuld an dem, dass es nicht funktioniert, der Freiheitlichen Fraktion in die Schuhe schieben möchte, dann muss ich mich noch einmal zu Wort melden.

Es ist eine Unerhörtheit, was sie uns hier unterstellen. Es hat nie in irgendeiner Weise so stattgefunden. Das Thema erneuerbare Energie ist ganz wichtig. Dazu findet jährlich eine tolle Messe statt. Auch die Wirtschaft und die Industrie beschäftigen sich mit diesem Thema, wie Windkraft, Wasserkraft, Biomasse und dergleichen. Wir haben jedoch immer daran gezweifelt, ob das Thema so viel Interesse wecken kann, um damit einen so großen Unterhaltungswert zu erzeugen, dass junge Menschen und Erwachsene das Welios besuchen.

Wenn sie, Herr Kollege Reindl-Schwaighofer, ein bisschen etwas von Marketing verstehen würden, dann müssten sie das Wichtigste überhaupt wissen. Das politische Jammern einer kleinen Gruppe ist völlig unerheblich. Wichtig ist, dass die Besucher den Familien, den Nachbarn und in den Vereinen usw. erzählen, wie toll und interessant das Welios ist. Das Marketing war ein bisschen infantil wie die Geschichte mit der Familie usw. Man spürte sofort, dass den Leuten der Firma Petri & Tiermann aus Bremen, die dort das Universum mit viel größerer und weitreichender Thematik betreuen, dieses Thema relativ unreflektiert aufgesetzt wurde. Natürlich haben viele applaudiert, die gemeint haben, damit etwas verdienen zu können.

Dann haben wir gewagt im vorangegangenen Ausschuss des Gemeinderates zu verlangen, man möge doch einmal die Firma Petri & Tiermann nach Wels einladen. Ich habe

diese Personen nie gesehen. Sie haben 1,8 Mio. Euro für ein Konzept kassiert und dann nochmals einiges Geld für die Ausführung. Das war einfach nicht möglich. Kollege Rabl hat angedeutet, dass man hier relativ leichtsinnig an ein kostspieliges Projekt herangegangen ist.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, was war den so unmöglich daran, dass die Firma Petri & Tiemann einmal nach Wels kommen und sich den naiven Fragen des Wieser oder eines Rabl stellen würde? Wir haben ausgerechnet, dass die Besucherzahl beim Universum nur etwa 15 % über den prognostizierten Besucherzahlen hier in Wels waren. Dies deshalb, weil ja das Einzugsgebiet von Bremen das Zehnfache von Wels beträgt. Ein solcher Businessplan war ja himmelschreiend. Diesen haben auch wir angezweifelt, aber nicht in der Öffentlichkeit, sondern dort wo es hingehört, nämlich in den Gremien. Sie haben nicht zugehört und uns hingestellt als Personen, die von dieser Materie nichts verstehen und damit einen Haufen Geld in den Sand gesetzt.

Der Kollege von der ÖVP meint, diese 430.200 Euro wären nicht zu viel. Das ist schon viel, wenn dieser Zuschuss für einen Betrieb ausgegeben wird, der nur funktioniert. Das heißt, dass im Winter geheizt wird, dass das Personal da ist, dass da jemand „Grüß Gott“ sagt und die Karten verkauft usw. Das wäre insgesamt langfristig doch etwas zu wenig, denn sie können doch nicht glauben, wenn wir diese Exponate stehen lassen und wie mir berichtet wurde, sind diese teilweise kaputt bzw. ist für die Reparatur kein Geld da – dass dann von selbst etwas Besseres etwas Neues bestehen kann.

Haben sie schon einmal nachgerechnet, wie viel Geld für die Werbung ausgegeben wurde? Es handelt sich um hunderttausende von Euros. Es geht um den Inhalt, die Darstellung und darum, dass wir, die Freiheitliche Fraktion, vehement davor gewarnt haben, ohne gründliche Prüfung das Projekt zu realisieren. Wir haben auch beantragt, dass durch Wirtschaftsprüfer, durch Leute von der Technik oder durch Experten der Marktlage dieses Projekt überprüft wird um zu sagen, wo die Risiken dafür sein könnten. Es wurde alles abgelehnt und niedergeschrieben mit dem Wissen, dass wir uns darüber ärgern.

Trotzdem werden wir diesem Antrag zustimmen. Dies braucht sie jedoch nicht dazu veranlassen, hier im Gemeinderat so zu tun, als wenn wir Freiheitlichen schuld wären, dass das Ganze nicht so gekommen ist, wie sie sich das vorgestellt haben.

Vzbgm. Wimmer: Bevor ich dem Herrn Bürgermeister jetzt das Schlusswort übergebe, darf ich ihnen ein Foto herzeigen mit den Kollegen Rabl und Kroiß und der Geschäftsführung des Universums in Bremen und damit mit der damaligen Geschäftsführung in Wels. Die entsprechenden Gespräche wurden geführt und es bestand die Möglichkeit weitere Gespräche zu führen.

Bgm. Dr. Koits: Vielleicht noch einige Worte. Ich stimme den Worten von Dr. Rabl und Dr. Wieser in den Bereichen zu, wo es um die Besucheranzahl geht. Es ärgert mich genauso – wie sicherlich alle Mitglieder des Gemeinderates – hier gibt es keinen der sagt, es ist super. Die erhofften Besucherzahlen sind nicht eingetreten.

Ich stimme ihnen nicht zu wenn sie meinen, es wurde leichtfertig umgegangen. Das ist schlichtweg falsch. Es war ja nicht so, dass wir das sozusagen „im kleinen Kämmerlein“ ausgemacht haben. Es waren Experten des Landes Oberösterreich, des Bundes, aus unserer Stadt, aus Bremen, aber auch Experten von anderen Anbietern dabei, die alle

aufgrund ihres Wissens zu den selben Zahlen gekommen sind, sowohl was die Besucher anlangt, aber natürlich auch, was die finanziellen Auswirkungen betreffen.

Ich hoffe und gehe davon aus, dass es keine Kindesweglegung gibt, denn das Welios ist tatsächlich eine Einrichtung und Herr Dr. Wieser, wenn sie sich im Welios aufhalten, dann schauen sie sich die Befragungsergebnisse an, die von jedem einzelnen Besucher gemacht werden. Dabei rede ich nicht von den Befragungen der Jugendlichen, die auf den Plakaten geschrieben haben, wie toll das Welios ist. Würde man diese dazuzählen, kämen wir fast auf 100 Prozent. Bei den Befragungen spreche ich von jenen, die auch tatsächlich mit Fragebögen durchgeführt wurden. Ein sehr, sehr hoher Prozentsatz sagt: „sehr zufrieden“ und ein hoher Prozentsatz sagt: „zufrieden“ und „ich werde das Welios weiterempfehlen“.

Warum dann bestimmte gegebene Fakten betreffend Besucherzahlen nicht eingetroffen sind, das kann ich leider heute auch selbst nicht beantworten.

Selbstverständlich ist es jetzt unsere Aufgabe, dafür ist der neue Geschäftsführer auch offen, neuen Ideen aufgeschlossen zu sein. Wir müssen überlegen dem entgegenzuwirken und schauen, was wir letztendlich umsetzen können. Die neue Geschäftsführung hat die Aufgabe persönliche Kontakte aufzubauen, sei es mit den Schulen, mit der Wirtschaft, sei es mit anderen Organisationen und Einrichtungen. Überall bei den Science-Centern zeigt sich, dass nicht ein Mail wichtig ist, sondern dass der persönliche Kontakt der Geschäftsführung mit dem Publikum gewünscht wird.

Herr Dr. Wieser, ich gebe ihnen Recht, dass es eine Mitmachausstellung für Familien ist. Wenn sie sich in allen Science-Centern die Besucherströme anschauen, dann wird man feststellen, dass das Besucherpotential der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren am geringsten ist. Alle Science-Center kämpfen um diese jungen Leute und dafür entsprechende Attraktionen zu finden. Auch diese Angelegenheit wird für die neue Geschäftsführung eine Aufgabe sein und das sollten wir auch entsprechend unterstützen. Das heißt, das Ärgernis mit den Besucherzahlen, die wir uns vorgestellt haben, selbstverständlich, aber vom Inhalt her mit entsprechenden Verbesserungsmöglichkeiten ein ja zum Welios.

Der Antrag (Anlage 4) zu Punkt 3. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

4.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels,
mit dem die Tarifordnung über die Festsetzung von Tarifen für die
Vermietung von Räumlichkeiten der VHS der Stadt Wels neu erlassen wird
(Tarifordnung für die Vermietung von Räumlichkeiten der VHS der Stadt Wels 2012)
KB-VHS-50-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss
am 15.10.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 5 beiliegende Tarifordnung für
die Vermietung von Räumlichkeiten der VHS der Stadt Wels 2012 beschließen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen für den Koch- und Werkunterricht
sowie das Kopieren an Pflichtschulen durch den Schulerhalter
SF-Schu-124-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss
am 15.10.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 6 beigefügten Richtlinien für die
Gewährung von Beiträgen für den Koch- und Werkunterricht sowie die Übernahme der
Kosten für das Kopieren beschließen.

Bgm. Dr. Koits verliert den als Anlage 7 beigefügten Abänderungsantrag der SPÖ und
ersucht darum, diesen mitzuberaten.

Die Abstimmungen zu Punkt 5. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 7) der SPÖ-Fraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 6) wird

einstimmig angenommen.

6.)

Neue Mittelschule 6 Vogelweide;
Umbauarbeiten im Zuge der Zusammenlegung;
Grundsatzbeschluss;
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
SF-Schu-135-2012

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kultur-
ausschuss am 15.10.2012:

1. Der Umbau im Zuge der Zusammenlegung der beiden Hauptschulen Vogelweide mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 200.000,-- exkl. MWSt. – Kostengenauigkeit +/- 10 % – durch die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG wird grundsätzlich genehmigt.
2. Der Ankauf der Einrichtung für das o.a. Bauprojekt mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 85.000,-- inkl. MWSt. – Kostengenauigkeit +/- 10 % – durch die Stadt Wels wird grundsätzlich genehmigt.
3. Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

7.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Übermittlung von Zahlen über Asylanten,
Resolution an die Oö. Landesregierung
DI-Verf-334-2012

Bgm. Dr. Koits verweist darauf, dass es hiezu einen Abänderungsantrag (Anlage 10) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion gibt und er verliert diese Antrag.

StR. Kroiß: Es wurde in den Medien bereits berichtet, beim Asylgipfel in Wien wurde beschlossen, dass das Land OÖ 250 Flüchtlinge mehr aufnehmen muss, weil das Land OÖ mit der Asylquote um rund 20 % in Rückstand ist. Das Land OÖ sucht daher dringend nach Unterbringungsmöglichkeiten für Asylanten, da die derzeitigen Asylzentren vollständig ausgelastet sind. Ebenso überlegt das Land OÖ im Bereich der Bundespoli-

zeidirektion in der Kienzlstraße die ehemaligen Gästezimmern in Quartierplätze für Asylwerber umzuwandeln.

Wir haben uns von Beginn an gegen eine Erhöhung der Asylquote in Wels überhaupt ausgesprochen und sind vehement gegen die Unterbringung von Asylanten in einem derartigen Wohngebiet. Was die Polizei Wels davon hält, haben wir auch bereits den Medien entnommen.

Gerade der Kamerlweg im Osten von Wels zeigt ja im negativen Sinn die Auswirkungen von zu viele Asylanten in einem attraktiven Wohngebiet. Schmierereien, wie KG für Kamerlweg-Ghetto, Parkplatzprobleme mit Vermüllung und, was man auf alle Fälle nicht vergessen darf, ist der Wertverlust der einzelnen Häuser rundum.

Was uns auch etwas bedenklich stimmt ist die Vorgangsweise vom Land. Hier wurde ohne die Beteiligten, sprich Polizei, Politik oder die umliegenden Bewohner zu informieren, still und leise geprüft, wie man diese Quartierplätze in ein Asylzentrum umfunktio- nieren kann.

Wir sind überhaupt der Meinung, dass man bei der Zuteilung von Asylanten die bereits in Wels lebenden Migranten zu berücksichtigen hat um hier nicht einer gedeihlichen Integration entgegenzusteuern. Um eine sachliche Diskussion führen zu können ist es daher notwendig, die genauen Zahlen der untergebrachten Asylanten in Wels zu ken- nen. Die aktuellen Zahlen sind aus den Jahren 2010 - da spricht man von 226 Asylan- ten in Wels – genauere Zahlen liegen absolut nicht vor bzw. sind uns keine bekannt. Genau darum geht es uns bei diesem Antrag. Wir wollen einfach wissen, wie der aktuel- le Stand heute ist und wie es mit der Belastung der anderen Gemeinden in OÖ aus- sieht. Nur mit diesen Zahlen ist eine fachliche und faire Diskussion möglich. Deshalb ersuche ich sie, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen. Ebenso dem Zusatzantrag, in dem es darum geht dem Herrn Bürgermeister die Zahlen bekannt zu geben.

Bgm. Dr. Koits: Ich habe jetzt noch einen Antrag von Frau Mag. Mayerhofer erhalten, in dem es darum geht, dass das Wort „Asylanten“ durch das Wort „Asylwerber“, „Asylwer- berinnen“ in der Resolution ersetzt werden soll.

GR. Reindl-Schwaighofer: Wir von der SPÖ-Fraktion werden diesem Antrag und den Zusatzanträgen die Zustimmung erteilen, weil wir ganz klar der Meinung sind, dass es nicht angeht, dass bestimmte Gemeinden die Bundesquote nicht erfüllen müssen. Wir haben uns die Zahlen angeschaut und es gibt noch immer große Gemeinden, in denen es überhaupt kein Angebot für Plätze für Asylwerber gibt. Daher ist es ganz wichtig, die Zahlen zu erfahren, um damit auf Basis dieser Zahlen mit den zuständigen Stellen dis- kutieren zu können.

Sie wissen ja sicher, unbegleitete Jugendliche fallen in den Zuständigkeitsbereich der Jugendwohlfahrt des Landes. Daher können im Grunde die Frau Innenministerin diese Plätze verordnen. Es wird notwendig sein in den verschiedenen Gemeinden, in denen keine Plätze angeboten werden, auch Asylplätze einzurichten.

Daher sollten wir uns einig sein, im Wesentlichen dafür zu sorgen, dass wir uns in Wels und in anderen bestimmten Gemeinden sich nicht Gedanken darüber machen zu müs- sen, die ganze Quote für das Bundesland Oberösterreich zu erfüllen.

GR. Pernkopf: Die Sache Asyl und insbesondere die Menschen, die das Asylrecht bekommen, ist mit besonderer Aufmerksamkeit zu betrachten. Es nur auf die nackten Zahlen zu reduzieren ist nicht der richtige Weg. Die Qualität der Unterbringung und der Betreuung der Asylanten ist die Herausforderung. Wir meinen, dass eine menschlich zumutbare und möglichst vertretbare Aufteilung auf Länder und Gemeinden das Ziel sein muss. Eine gewisse Solidarität kann und muss in der Gemeinschaft erwartet werden. Ob wir alle die Zahlen jetzt genau wissen, bleibt dahingestellt. Unserer Meinung nach sollten die Zahlen der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin kennen. Als Beispiel ist genannt worden, Oberösterreich hat die Aufgabe für 250 zusätzlichen Asylwerbern Plätze zu finden. Allein hier die Zahl zu kennen, löst das Problem unserer Meinung noch nicht. Polemik ist da schlichtweg der falsche Platz. Dass wir in Wels auch einen Beitrag leisten müssen, ist jedem klar. Wenn man sich vorstellt allein in Griechenland gibt es in etwa 1 Mio. Menschen mit der Tendenz Richtung Mitteleuropa zu flüchten. Es wird kälter, die Leute wollen Asyl erhalten – daher sind große Herausforderungen auch in Zukunft an uns gestellt.

Die Erstaufnahmestellen, nicht nur in Traiskirchen sondern auch in Oberösterreich, platzen aus allen Nähten. Von dort aus wird versucht genügend Plätze zur Verfügung zu stellen. Es sind sehr viele Kinder dabei, die einer besonderen Betreuung bedürfen. Diese kann man nicht in einer alten stillgelegte Kaserne unterbringen, sondern hier bedarf es einer wirklich fachlichen Betreuung und einer dementsprechenden Infrastruktur.

In etwa ein Drittel der Asylsuchenden bekommen tatsächlich den Asylstatus, also zwei Drittel der Asylsuchenden müssen abgeschoben werden.

Glauben sie mir, geschätzte Damen und Herren, die Zahlen sind mir das geringste Problem, daher müssen wir uns gemeinsam solidarisch zeigen und Plätze dafür finden.

GR. Prof. Mag. Teubl: Es ist uns allen klar, dass die Problematik von Asylwerberinnen und Asylwerbern uns alle angeht. Es gilt keine Vermischung mit dem Thema Migration zu machen, sondern die Flüchtlingsproblematik ist gesondert zu betrachten. Aus den Medien wissen wir, dass mit Ausnahme von Wien und Niederösterreich kein einziges Bundesland die Quote erfüllt. Ebenso wissen wir, dass in Oberösterreich 650 Plätze für AsylwerberInnen zu wenig vorhanden sind. Das bedeutet auf jeden Fall Handlungsbedarf in unserem Bundesland. Ob dies in Wels oder woanders sein muss, darüber kann man sicherlich diskutieren.

Gerade die Gruppe der minderjährigen unbegleiteten Jugendlichen bedarf ganz besonderer Betreuung. So ist es auch in den entsprechenden Gesetzen definiert, dass diese Jugendlichen von der Jugendwohlfahrt zu betreuen sind. Hier müssen Unterkünfte mit entsprechendem Standard gefunden werden, welche für traumatisierte Jugendliche die Wohnqualität schaffen, die sie benötigen. Es sind Betreuungsmöglichkeiten vorzusehen.

Daher ist sicher der nicht sehr wohnlich wirkende Betonblock des Welser Polizeigebäudes in der Kienzlstraße ein Standort, den man als Zynismus bezeichnen kann. Für unbegleitete minderjährige Jugendliche muss ein anderer Standort gesucht werden. Ob dieser in Wels oder anderswo ist, ist sicher zweitrangig. Auf jeden Fall müssen wir für entsprechende Plätze auch in Oberösterreich sorgen. Wenn Wels hier noch einen kleinen Beitrag dazu leisten kann, soll es auch durchaus möglich sein noch ein wenig auf-

zustocken, aber dies ist letztendlich zweitrangig. Wir werden daher auch diesem Antrag zustimmen.

StR. Kroiß: Ich glaube auch, dass das Problem die unbegleiteten Jugendlichen sein werden, die in der Asylstatistik sehr weit oben aufscheinen, weil es derzeit Mode ist, die Jugendlichen vorzuschicken. Die Eltern kommen nach.

Zum Abänderungsantrag der GRÜNEN bezüglich Asylwerber und Asylant muss ich bemerken, dass beide Begriffe in die Resolution aufgenommen werden müssen. Ein Asylant hat bereits den Asylstatus und der Asylwerber ist jemand, der in den Staat einreist und um Asyl ansucht.

Ich möchte schon vermeiden, dass wir hier verfälschte Zahlen bekommen, dass wir zwar die Zahlen der Asylwerber erhalten, aber nicht die Zahlen der tatsächlichen Asylanten.

Ich würde deshalb die Zahlen der AsylantInnen und der AsylwerberInnen anfordern, um hier nicht falsche Zahlen zu bekommen. Wenn sie damit einverstanden sind, ersuche ich um Beschlussfassung.

Die Abstimmungen zu Punkt 5. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 10) der ÖVP-Fraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Abänderungsantrag (Anlage 11) der GRÜNE-Fraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 9) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Zur Information: Ich habe heute Vormittag mit LHStv. Ackerl telefoniert. Es wird in Oberösterreich einen Gipfel geben. Landeshauptmann, Landeshauptmannstellvertreter Ackerl, Städtebund, Gemeindebund und ich in meiner Funktion als Vertreter des Franz Dobusch im Städtebund, werden mit Dobusch ein Gespräch führen, damit sozusagen die Interessen der Städte gewahrt bleiben.

Ich würde sie bitten, Frau Magistratsdirektor, sofort die Resolution ans Land Oberösterreich zu senden, mit dem Ersuchen, die Städte rechtzeitig einzubinden, wenn vorgesehen ist, ein Quartier bei uns in Wels einzurichten.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

8.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Einführung von Integrationsgruppen in Kindergärten
als Maßnahme zum Erlernen der deutschen Sprache
DI-Verf-335-2012

StR. Dr. Rabl: Der nächste Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit einer zentralen Forderung der Freiheitlichen Partei, die wir ja seit Jahren aufstellen, nämlich das Erlernen von Deutschkenntnissen im Kindergarten. Aus den bisherigen Analysen wissen wir, dass sehr viele Kinder mit und ohne Migrationshintergrund, keine ausreichenden Deutschkenntnisse haben, um dem Unterricht zu folgen.

Das führt in der Volksschule zu massiven Schwierigkeiten. Einerseits zu Sprachschwierigkeiten, andererseits aber auch dazu, dass diese Kinder im Unterricht auffälliger werden. Diese Auffälligkeit hat seinen Fortgang darin, dass derartige Kinder in Sonderschulen abgeschoben werden.

Wenn man sich überlegt, dass in den Sonderschulen dreißig Prozent Kinder mit Migrationshintergrund sind, obwohl die Migrationsrate wesentlich geringer ist, so ergibt sich daraus, dass überproportional viele Kinder mit Migrationshintergrund in den Sonderschulen landen. Das liegt nicht daran, dass diese dümmer oder klüger sind als unsere Kinder, die hier autochthon sind, sondern daran, dass sie die deutsche Sprache nicht beherrschen. Wir haben das Problem schon lange erkannt und glauben, dass mit dem jetzigen Pflichtkindergartenjahr nicht das Auslangen gefunden wird.

Welches Konzept war dahinter? Vor ca. drei Jahren führte man ein Pflichtkindergartenjahr ein. In diesem Jahr sollen die Kinder für die Schule ausreichende Sprachkenntnisse erlernen, um später dem Regelunterricht folgen zu können.

Inzwischen wissen wir aus den statistischen Daten, dass nur 17 Prozent der Kinder tatsächlich den Übergang in den Regelunterricht schaffen. Das heißt, von 100 Prozent der Kinder mit Sprachdefiziten schaffen nur 17 Prozent eine Aufnahme als ordentliche Schüler in die Schule. Dies ist für uns ein dramatischer Wert. Weiters bedeutet es, dass die bisherigen Sprachfördermaßnahmen, sprich ein Jahr Pflichtkindergarten, nicht ausreichend waren, um diese Sprachdefizite zu beheben.

Wenn man noch weiter in die Tiefe geht weiß man, dass Sprachstandfeststellungen 15 Monate vor Schulantritt nicht ausreichend sind, um Defizite zeitgerecht zu bekämpfen. Wir sagen daher auch ganz klar, die Sprachstandfeststellungen müssen 27 Monate vor Schuleintritt erfolgen. In der Folge müssen die Kinder, die nicht über ausreichend Deutschkenntnisse verfügen, ganz klar massiv gefördert werden, damit sie auf ein Niveau mit allen Schulanfängern sind, als ordentliche, dem Regelunterricht folgen können Kinder.

Dies ist für uns deshalb so wichtig, weil die Qualität einer Ausbildung mit der Beherrschung der Landessprache zusammenhängt.

Wenn wir das nicht machen, halte ich von Anfang an eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in der Bildung offen. Was bedeutet das letztendlich? Für jene, die dem Unterricht folgen können, bedeutet es die Schule zu schaffen. Sie machen weiterbildende Ausbildungen, Matura und Studium etc. Jene, die dem Unterricht nicht folgen können, haben keine ordentliche Ausbildung, brechen die Ausbildung ab und sind am Arbeitsmarkt nicht vermittelbar. Diese Zwei-Klassen-Gesellschaft setzt sich dann immer fort. Wir verzichten in der Folge auf wertvolles Potential, Arbeitskräftepotential, auch Steuerzahlerpotential und auf unsere Jugend. Wenn wir nicht in der Lage sind dieses Defizit rasch ohne ideologische Scheuklappen zu beheben, dann werden wir hier ein massives Problem bekommen.

Ich sage ihnen dies auch anhand einer Zahl. 55 Prozent der in den Welser Kindergärten befindlichen Kinder haben Migrationshintergrund. Das ist mehr als die Hälfte. Hier wird sichtbar, wie dramatisch bereits die Situation in Wels ist. 80 – 85 % der Kinder in den Welser Volksschulen haben Migrationshintergrund. Das bedeutet nicht, dass die Kinder nicht ausreichend Deutsch können. Das bedeutet einen Wandel in unserer Jugend- und Kinderstruktur. Dieser Wandel soll sich auch im Ausbildungsangebot niederschlagen. Deshalb sind Leseübungen in den Volksschulen ein Schritt in die richtige Richtung. Das ist gut, aber zu wenig. Befindet sich das Kind schon in der Volksschule, sollte es bereits so gut Deutsch beherrschen, dass es in der Lage ist dem Unterricht zu folgen. Das heißt, dort anzusetzen ist zu spät angesetzt. Ich brauche Schwerpunktgruppen, die sich speziell um die Vermittlung von Deutschkenntnissen bemühen. In Gruppen von 15 bis 20 Kindern kann ich keine Deutschkenntnisse vermitteln. Wir brauchen Gruppen vielleicht mit 8 bis 10 Kindern. Das bedeutet, 27 Monate vorher soll etwa im Rahmen einer Mutter-Kind-Pass-Untersuchung eine derartige Sprachstandsfeststellung gemacht werden, um in der Folge die sprachdefizitären Kinder speziell zu fördern.

Die Stadt Wels hat hier eine besondere Verpflichtung und eine besondere Verantwortung gegenüber diesen Kindern. Diese Kinder können wir nicht dauerhaft ausschließen. Wir Freiheitlichen betonten stets, es sollen alle Kinder die gleiche und gute Chance bekommen. Deutsch ist nicht nur das Recht Deutsch zu lernen, sondern auch eine Pflicht - eine Elternpflicht. Das heißt, ich muss auch die Eltern in die Verantwortung nehmen. Die Stadt Wels muss gewisse Fördermaßnahmen unterstützen und dafür ist es erforderlich, eigene Sprachlerngruppen zu bilden, um dort die Kinder speziell zu unterrichten und zu schulen. Das nächste Schuljahr 2013/2014 benötigt eine entsprechende Vorbereitungsphase. Wenn dieser Antrag heute beschlossen wird, ist diese Vorbereitungsphase gegeben.

Dieser Weg, den wir heute bestreiten, ist in Österreich durchaus wegweisend und beispielgebend für andere Problemregionen.

Ich versuche dieses Problem, diesen Vorschlag frei von ideologischen Scheuklappen zu diskutieren. Wenn ich höre und in der Zeitung lese, dass jemand diesen Vorschlag als Nationalpädagogik bezeichnet, nur um uns damit erneut in das nationalsozialistische Eck zu rücken, dann halte ich das für keine geeignete Sprachdiktion. Wenn es ein Problem in der Schule gibt, muss man das ansprechen und man muss eine pragmatische und unideologische Lösung finden. Das ist mir ganz besonders wichtig. Es geht hier nicht um Ideologie, sondern um Lösungen und um unsere Kinder.

Vzbgm. Eisenrauch: Die ÖVP hält diesen Antrag für sehr populistisch, weil die Zahlen und Fakten, die darin genannt wurden, nicht stimmen. Ein Beispiel nur – es gibt in Wels keine Sonderschule mehr. Frei von Ideologie diskutiert wissen wir sehr wohl, dass das

Erlernen der deutschen Sprache ganz wichtig ist, um die Integration ordentlich zu ermöglichen. Diese ist ausschlaggebend für den weiteren Berufsweg. Dafür tun wir in der Stadt Wels sehr viel. In unseren Kindergärten wird genau den Forderungen von Herrn Dr. Rabl entsprochen. Er hat sich darüber nicht informiert. Die Sprachstandfeststellung wird im Kindergarten bereits mit vier Jahren durchgeführt und nicht erst im letzten Jahr vor Schuleintritt. Es gibt für alle 4 bis 5-jährigen Kinder Dokumentationen über die Sprachentwicklung. Damit können ganz gezielt die Fördermaßnahmen angesetzt werden. Es gibt eigene Beobachtungsbögen, welche es den PädagogInnen erleichtert, die Kompetenzen der Kinder bereits in den Krabbelstuben, in den Kindergärten und in den Kinderhorten der Stadt festzustellen.

Spezielle Förderungen werden daher bereits in die tägliche Bildungsarbeit eingebaut. Es gibt drei eingesetzte diplomierte Pädagoginnen, die sich der Kinder annehmen. Hier geht es vor allem auch um österreichische Kinder, die Sprachschwierigkeiten haben.

Weiters gibt es das Leseprojekt „Buch.Zeit“, welches „Auf die Bücher fertig los“ heißt. Die Volksschulkinder fungieren als Lesepaten und lesen im Kindergarten den Kindern vor. Dies fördert auch die Sprach- und Sprechfreude und die soziale Kompetenz des Kindes.

Zur Schulvorbereitung der Kinder gibt es ein ganz spezielles Computerprogramm mit dem Namen „Schlaumäuse“. Dieses eignet sich besonders für Kinder mit nicht deutscher Muttersprache.

Es gibt Bildungspartnerschaften zwischen den einzelnen Kindergärten und der jeweiligen Volksschule im Sprengel. Es gibt in den Kindergärten und Horten eigene Büchereien. Die Kinder besuchen die städtische Bücherei und es kommt der Bücherbus.

In der Zusammenarbeit zwischen KindergartenpädagogInnen und den Eltern wird besonders darauf aufmerksam gemacht werden, den Kindern zu Hause vorzulesen. Hierzu gibt es spezielle Bücher mit verschiedensten Übersetzungen in verschiedensten Sprachen. In diesen Bildungspartnerschaften mit den Eltern wird ganz besonders darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, den Kindern zu Hause vorzulesen.

Außerdem haben sechs Kindergartenhelferinnen eine Zusatzausbildung und fungieren als sogenannte muttersprachliche Stützkräfte, die sich besonders um Kinder nicht deutscher Muttersprache bemühen.

Eine weitere ganzheitliche Sprachförderung wurde erarbeitet und dafür ein Konzept an das Land Oberösterreich zur Beantragung einer Bundesförderung eingereicht. Wir tun wirklich sehr viel für unsere Kinder in den Kindergärten, damit sie bei Schulantritt der deutschen Sprache mächtig sind. Schwierigkeiten gibt es nur bei Kindern, die unter der Zeit nach Wels ziehen und neu in die Kindergärten und in die Volksschulen einsteigen. Der größte Teil der Volksschulkinder sind aufgrund der Fördermaßnahmen bereits ab der Krabbelstube der deutschen Sprache mächtig.

Wenn gefordert wird, dass Kinder in eigenen Gruppen unterrichtet werden, so glaube ich viel mehr, dass dies der Ghetto-Bildung Vorschub leistet. Davon sind die Pädagoginnen nicht überzeugt, deshalb ist dieser Vorschlag schlicht weg abzulehnen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Danke, dies war eine hervorragende Leistungsschau unserer Kindergärten, unserer ElementarpädagogIn-

nen unserer Stadt. Es wird hervorragende Arbeit geleistet und ich möchte mich an dieser Stelle bei den PädagogInnen und dem Leitungsteam herzlich bedanken. Man sieht, dass es sehr innovative Projekte sind. Allein, das von Frau Vizebürgermeisterin angesprochene Projekt „Sprachbrücke“ ist hervorragend. Dieses hat eben begonnen und wird bereits in einigen Punkten umgesetzt. Die PädagogInnen des Hauses haben erkannt, wo die Problemlage liegt. Vor allem haben sie erkannt, dass es hier nicht um die Exklusion, sondern um die Inklusion der Kinder geht.

Für uns ist es notwendig, dass wir es schaffen jedes Kind im Kindergarten unterzubringen und in der Elementarpädagogik zu betreuen. Die Kinder sollen ausreichende Deutschkenntnisse erwerben, um in die Volksschule eintreten zu können.

Die DirektorInnen aus den Volksschulen versicherten mir, dass dies schon jetzt sehr gut funktioniert und Frau Vizebürgermeisterin hat dies auch angesprochen. Es geht vor allem darum, falls sogenannte Quereinsteiger kommen, es dort größere Probleme gibt. Aber auch hier gibt es Schwerpunktschulen in Wels, die sich dieser Kinder ganz besonders annehmen.

Es geht um die Integration dieser Kinder und nicht um das Ausschließen. Eine der wesentlichsten Lernmomente unserer Kinder in dieser Stadt, in Österreich und weltweit, ist das Lernen voneinander. Wenn wir sie jetzt auseinander ziehen, auseinander sperren, in getrennten Gruppen unterrichten, dann wird uns das in der Frage der Sprachvermittlung, der Lesekompetenzvermittlung keinen Millimeter weiter bringen, sondern es wird nur denen Vorschub geleistet, denen es darum geht zu trennen und nicht zusammenführen.

Vzbgm. Eisenrauch hat die Frage der muttersprachlichen Unterstützung in den Kindergärten angesprochen. Wir haben aktuell 16 KollegInnen mit Migrationshintergrund, die ihre Muttersprache in die Betreuung der Kinder, in die Elementarpädagogik einbringen können. Diese PädagogInnen sprechen Serbisch, Kroatisch, Albanisch, Türkisch und auch Russisch. Weiters gibt es eine Kollegin, welche Spanisch studiert hat und viele PädagogInnen können sehr gut Englisch sprechen. Das heißt, wir haben eine gute Basis, die Kinder in den Gruppen zu fördern und dass diese Programme auch greifen können.

Es gibt keinen ernst zu nehmenden PädagogInnen, die davon sprechen, dass man Menschen trennen muss, um ihnen etwas zu vermitteln. Wer behauptet, die Kinder sollten getrennt werden um gut Deutsch zu sprechen und in die Volksschule eingegliedert werden zu können, der kennt sich schlicht und ergreifend nicht aus.

Es ist keine Frage der ideologischen Diskussion. Wer sich wissenschaftliche Untersuchungen anschaut und sich damit auseinandersetzt weiß, dass es hier um eine plumpe Verführung der Menschen geht.

Wir werden diesen Antrag ablehnen und ich möchte mich dafür bedanken, dass diese hervorragende Arbeit in der Elementarpädagogik weitergeführt wird.

GR. Mag. Mayerhofer: Auch in unserer Fraktion entsteht mehr und mehr der Eindruck, dass StR. Rabl versucht auseinander zu dividieren um ein gemeinschaftliches Projekt nicht entstehen zu lassen.

Bei der letzten Gemeinderatssitzung war es die Einrichtung einer zweisprachigen deutsch/englischen Kindergartengruppe, welche zu längeren Diskussionen geführt hat, jetzt ist es die Einführung von Integrationsgruppen in Kindergärten, um besser Deutsch zu lernen.

Wir hörten was alles bereits getan wird um das Erlernen der deutschen Sprache in den Kindergärten auch zu fördern. Von unserer Fraktion wird es zu diesem Antrag keine Zustimmung geben.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich möchte zu dem Gesagten meiner Kollegin noch hinzufügen, dass ich aus meiner Praxis als Deutschlehrer eindeutig sagen kann, es ist nicht zielführend die Eltern von Migranten und Migrantinnen dazu anzuhalten zu Hause Deutsch zu sprechen. Es geht auch darum, dass man die eigene Muttersprache gut lernt. Dies ist die Voraussetzung, um gut Deutsch zu lernen.

Daher ist es also durchaus in Ordnung, zu Hause die Muttersprache zu sprechen. Wenn man zu Hause mit den Kindern Deutsch spricht und es selbst nicht gut kann, dann lernt man nicht Deutsch sondern „dann nur sprechen Gastarbeiter“.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Bgm. Dr. Koits: Wir wollen, dass jedes Kind, welches in die Volksschule kommt, Deutsch sprechen kann. Da sind wir uns einig. Das Problem ist nur, dass der Weg dorthin ein verschiedener ist. StR. Rabl meint, man kann das nur in separaten eigenen Gruppen bewerkstelligen. Dann gibt es die andere Ansicht, die sagt, jedes Kind, das Probleme mit unserer Sprache hat, soll in Kleingruppen entsprechend gefördert und ausgebildet werden. Nicht isoliert, wie es bei diesem Konzept bzw. Vorschlag vorgesehen ist.

Persönlich denke ich aufgrund meiner Erfahrung, dass es besser ist, wenn alle Kinder, bei denen es notwendig bzw. erforderlich ist, auch in Kleingruppen entsprechend zu fördern und zu unterrichten. Damit habe ich beides erreicht. Auf der einen Seite Sprache und auf der anderen Seite habe ich das Thema des Zusammenlebens selbstverständlich auch hier miteinbezogen bzw. eingebunden. Deshalb bin ich froh, dass es das Konzept der Sprachbrücke gibt, weil dieses Konzept ein ganzheitliches Lernen umfasst. Es beinhaltet alle Kinder in unseren Kindergärten, egal welcher Nation, welcher Herkunft usw. Das ist mir wichtig verbunden mit dem Ziel, dass jedes Kind für seine persönliche Entwicklung, für sein weiteres Leben gefördert wird. Man hört immer wieder – auch aus den Gesprächen mit den Jugendlichen und dessen Eltern – wenn ich die Sprache kann in dessen Land ich wohne und arbeite, dann ist das für mich schon von enormen Vorteil. Das muss das Ziel sein.

Herr Dr. Rabl vielleicht überlegen sie sich nochmals zu sagen, ja es ist besser, in Kleingruppen zu fördern und schauen wir, dass wir das Projekt Sprachbrücke tatsächlich beim Land Oberösterreich und beim Bund durchsetzen. Das kostet natürlich etwas. Das müssen uns unsere Kinder in der Gesellschaft wert sein.

Vzbgm. Dr. Wieser: Es ist ja schon erfreulich, dass das Thema Deutschkenntnisse nach vielen Jahren nun in allen Fraktionen durchgesickert ist. Vorher war dieses Thema in der politischen Diskussion schon etwas ganz Verwerfliches von den MigrantInnen zu

verlangen, dass sie Deutsch sprechen lernen. Dr. Rabl hat sehr fundiert Zahlen genannt, die darauf hindeuten, dass die bisherigen Angebote vom Ergebnis her leider nicht die gewünschten Ziele erreicht haben.

Wenn hier gesagt wird, es ist nicht wichtig, dass Deutsch gesprochen wird, so glaube ich, das gehört sehr wohl dazu. Es ist wichtig, ihnen die Bedeutsamkeit des Könnens der deutschen Sprache vor Augen zu führen.

Wenn Kollege Reindl-Schwaighofer davon spricht, dass sich ein Polizist und ein Anwalt in den Medien darüber unterhalten und dabei schon etwas Diskriminierendes herauskommt, dann ist dies schon ein bisschen eigenartig. Noch dazu, wenn sie der Meinung sind, da kommt etwas Nationalpädagogisches heraus.

Ich habe mir diese Wortschöpfung angesehen. Das gebräuchliche Wort ist Nationalerziehung. Hier geht es um die Vermittlung entsprechender Werte des Landes, wie Kultur und dergleichen. So verwerflich kann ja das Wort national nicht sein. Es gibt ja immerhin in Österreich den Nationalrat, Nationalratsabgeordnete, eine Nationalbibliothek, einen Nationalzirkus, ein Nationalteam usw. Ich hoffe nur, wenn das österreichische Nationalteam ein Spiel austrägt, dass sie dann zum österreichischen Nationalteam halten und damit keine Probleme haben. Die Stadt Wien hat dieses Konzept bereits umgesetzt. Daran erkennt man, dass der Vorschlag von Koll. Rabl nicht so verwerflich sein kann. Zu sagen es ist alles in Ordnung, wir brauchen das nicht, ist der falsche Weg. Dies kann wohl nicht der Fall sein, sonst wären die Sprachdefizite der Kinder in den Schulen nicht so gravierend.

Wenn ich höre, dass Kinder mit Migrationshintergrund keine Deutschsaufsätze mehr schreiben müssen, da sie ohnehin nicht Deutsch sprechen können, dann zeigt dies ungeheuerliche Defizite. Das ist eine Ghettoisierung. Österreichische Kinder müssen Aufsätze schreiben, die anderen Kinder brauchen das nicht. Diesen schenkt man die Deutschnote. Das kann nicht das Ziel sein. Wir möchten in den Volks- und Hauptschulen Kinder ausbilden, die die Landessprache so gut beherrschen, damit sie eine weiterführende Schule besuchen oder eine Lehre beginnen können. Berufe sind in Österreich nicht so anspruchslos, dass diese ohne ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache erlernbar wären.

Wir wissen, wie viele Schulabbrecher wir von Kindern mit Migrationshintergrund haben und es ist jeden Versuch wert diesem Missstand entgegen zu treten.

Es ist auf jeden Fall gut und wichtig, dem Vorschlag von Kollegen Rabl zu folgen, weil dies ein weiterer Bestandteil ist, den Kindern entsprechend Deutsch zu lernen.

GR. Markus Wiesinger: Ich möchte ein paar Zahlen des Antrages in ein anderes Licht rücken. Dr. Rabl, du sprichst hier, dass 78 % der Migranten zu Hause nicht Deutsch sprechen. Ich habe recherchiert wie viel Personen weltweit Deutsch sprechen. Das sind 120 Millionen Menschen. Also die Wahrscheinlichkeit, dass jemand nach Österreich kommt, der Deutsch spricht, ist gering.

Du sprichst auch von Frankreich – 28 % der Einwohner sprechen nicht französisch. Weißt du eigentlich, woher die MigrantInnen in Frankreich kommen? Die kommen aus den ehemaligen Kolonien von Nordafrika. Wenn man weiß, dass 500 Millionen Menschen weltweit Französisch sprechen, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass jemand von diesen Kolonien nach Frankreich kommt, sehr groß.

Lediglich 20 % der Menschen sprechen Englisch. Hier muss man wissen, dass 500 Millionen Menschen weltweit Englisch als ihre Muttersprache haben und dass es 1,2 Milliarden Menschen sind, die nachweislich Englisch sprechen können.

Einen Begriff möchte ich auch noch in ein anderes Licht rücken, und zwar geht es immer um den Migrationsanteil. Von Migrationshintergrund spricht man, wenn ein Elternteil nicht in Österreich geboren ist. D.h. wenn z.B. ein Deutscher eine Österreicherin heiratet, hat das Kind Migrationshintergrund. Man muss hier ein bisschen aufpassen, gerade wenn man weiß, dass die deutschen Staatsbürger die größte Gruppe der Zuwanderer in Österreich ist.

Andreas Rabl, du sprichst hier auch von einer Gruppe von fünfzehnjährigen Jugendlichen. Vor 15 Jahren hat nicht einmal die Freiheitliche Fraktion über das Ausländerproblem gesprochen. Das Thema Integration ist erst in den letzten Jahren aktiv geworden. Es ist viel passiert. Von den Freiheitlichen vermisse ich die Anerkennung der gegebenen und angebotenen Maßnahmen in Wels.

In Deutschland wird auch gerade darüber diskutiert, ob es einen verpflichtenden Kindergartenbesuch geben soll. Diesen verpflichtenden Kindergartenbesuch hat Oberösterreich bereits vor zwei Jahren eingeführt. Natürlich brauchen Maßnahmen eine gewisse Zeit bis sie greifen.

Ich kann die Ausführungen von Vzbgm. Wieser und auch der anderen Kollegen nur unterstreichen.

StR. Huber: Ich glaube wir sind uns alle einig, darauf möchte ich nochmals hinführen. Wir sind uns alle einig, dass unsere Kinder ordentlich Deutsch sprechen lernen müssen, damit sie Bildungschancen haben. Wir sind uns einfach nicht einig über die Methodik. Ich habe mich erkundigt – Sprache braucht Interaktion, Sprache braucht eine Beziehungsebene.

Ein Gedanke dazu: Warum lernt man im Ausland die Sprache am besten und nicht in Integrationsgruppen? Weil man dort eine Interaktion, eine Beziehungsebene hat und das funktioniert.

StR. Dr. Rabl: Aus meiner Sicht gibt es in diesem Zusammenhang noch gewisse Klarstellungen. Dass Vzbgm. Eisenrauch mit der Populismusklatzche und -keule kommt, war mir völlig klar. Mit der Angelegenheit selbst hat sie sich nicht auseinandergesetzt. Dies ist entweder darauf zurückzuführen, dass sie den Antrag nicht gelesen oder nicht verstanden hat. Tatsache ist, dass die dort genannten Zahlen vollkommen richtig sind. Außer sie bezweifelt die Zahlen ihrer eigenen Landesrätin Doris Hummer oder die Zahlen der Bundesministerin Dr. Claudia Schmid. Sie können natürlich sagen, diese Politikerinnen begehen Amtsmissbrauch und geben absichtlich falsche Zahlen her, das kann ich mir jedoch nicht vorstellen. Bei Gelegenheit werde ich den beiden Politikerinnen natürlich ausrichten, was sie über deren Zahlennennung gesagt haben.

Wenn ich sage, die Sonderschulen werden von 30 % Schülern besucht, die Migrationshintergrund haben, so bedeutet das nicht, dass es in Wels so ist. Sondern es ist in ganz Österreich so. Das ist ja noch viel tragischer. Das geht aus einem Artikel in der Zeitung Presse vom 10.10.2012 hervor.

Wenn die Sprachstandsfeststellung 15 Monate vor dem 6. Lebensjahr erfolgt, so ist natürlich richtig, dass diese mit 4 Jahren erfolgt. Es ist aber trotzdem zu spät. Ihr Herr Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz hat bereits empfohlen, diese auf 27 Monate vorzuverlegen.

Wenn sie, Frau Vizebürgermeisterin, jetzt weiters zitieren, dass es zahlreiche Maßnahmen in der Stadt Wels gibt, die geeignet sind, diese Sprachdefizite zu vermindern und hier die „Buch.Zeit“ anführen und damit Lesegemeinschaften meinen, so ist dies zwar nett, aber es ändert nichts daran, dass Kinder bei Eintritt in die Schulen bekanntlich nicht lesen können und damit diese Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht greifen.

Wenn sie das sagen ist für mich nicht erklärbar, warum nur 17 % der Migrationskinder eine Aufnahme in eine ordentliche Schule als ordentlicher Schüler schaffen. Irgend etwas läuft in diesem Konzept falsch. 83 % der Schüler sind nicht in der Lage, dem Unterricht so gut zu folgen, dass sie als ordentliche Schüler aufgenommen werden können.

Ich weiß, diese Wahrheit tut weh, man mag aus ideologischen Gründen da nicht genau hinschauen. Trotzdem sind dies Zahlen, die Frau Landesrätin Hummer veröffentlicht hat. Man kann dies in der Anfrage nachlesen.

Lieber Johnny, dir habe ich die Anfrage gegeben, du hast sie leider bestätigen müssen, weil du auch nicht glauben konntest, dass es tatsächlich so schlimm ist.

Wenn ich jetzt sage wir haben 6 Kindergärtnerinnen, die eine sprach-pädagogische Ausbildung haben, dann kann ich nur sagen – opotz. Alleine die in Wels gesprochen unterschiedlichen Sprachen, ich habe jetzt nur Russisch, Türkisch, Serbokratisch und Albanisch gehört, vermitteln wie viel MigrationsbegleiterInnen auf einen Kindergarten kommen. Ich möchte es nochmals betonen, nur 17 % der Kindergartenkinder schaffen die Übernahme als ordentliche Schüler in eine Welser Volksschule. D.h. nur 17 % der Kinder sprechen so gut Deutsch, dass sie dem Unterricht folgen können. 83 % können das nicht. Da wird uns verkauft, alles sei in eitler Wonne, alles sei in Butter, wir haben sowieso keine Probleme. Dann wundert es mich nicht, dass sich in der Integrationspolitik in Wels nichts ändert. Wenn ich die Augen vor den Problemen verschließe, kann sich auch nicht sehr viel ändern.

Wenn Johnny Reindl-Schwaighofer sagt, wir wollen eine Ghetto-Bildung schaffen und die Kinder trennen, so glaube ich auch, er weiß nicht wie es in den Kindergärten und Schulen zugeht.

Die Ghetto-Bildung gibt es bereits in den Schulen. Es tun sich die türkischen, die albanischen und die serbokratischen Schüler zusammen. Diese reden und spielen miteinander - ebenso die österreichischen Kinder.

Ich möchte noch etwas klarstellen, weil es mir wichtig erscheint. Wir wollen nicht irgend etwas trennen. Wir wollen nicht sagen, dauerhaft muss eine neue Kindergartengruppe geschaffen werden, wo die Migrationskinder so lange gefördert werden, bis sie in die Schule kommen, damit die österreichischen Kinder unter sich bleiben können. Wir wollen Sprachgruppen einrichten, in denen schwerpunktmäßig zwei oder drei Monate Deutsch unterrichtet und gelehrt wird. Wenn die Deutschkenntnisse ausreichend sind, soll es eine Rückführung in die Regelgruppe geben. Die Erfolge dieses Modells sind ja schon erprobt. Dieses Modell gibt es bereits in Schweden und Finnland. Diese beiden

Länder sind in den PISA-Studien führend. Warum sind sie dort führend? Weil die Kinder mit dem gleichen Sprachstand anfangen. In der Schule eine Sprachförderung ist wichtig, da es dort immer Defizite gibt. Jedoch muss ich damit früher beginnen.

Wenn noch behauptet wird, die eigene Muttersprache zu Hause zu sprechen wäre das Non plus Ultra und man muss zuerst einmal Türkisch können um Deutsch zu lernen, ist meiner Meinung nach falsch. Die Realität sieht bereits anders aus. Wir haben heute die dritte Generation von Migranten in Österreich, die zweite Generation spricht schon nicht mehr ordentlich Türkisch. Die Kinder wachsen in einem Kauderwelsch auf. Sie lernen ein bisschen Türkisch und ein bisschen Deutsch. Was ist dann die Lösung für Österreich oder für Wels? Obwohl sie beide Sprachen gleich schlecht sprechen, soll man ihnen nicht Türkisch sondern gleich Deutsch sprechen lernen. In einer Sprachstandsfeststellung kann man sehen, ob das Kind jetzt Deutsch oder Türkisch besser sprechen kann. Wenn es beide Sprachen nicht beherrscht, dann sollte es gleich Deutsch sprechen lernen. Die zweite und dritte Generation haben in Österreich keine Muttersprache mehr. Mit diesem Gerücht sollte aufgeräumt werden.

GR. Wiesinger kann ich nur eine Zahl entgegen halten: als Beispiel - 89 % der türkischen Bevölkerung in Österreich sprechen zu Hause Türkisch, 66 % der Türken in Deutschland sprechen zu Hause Türkisch, nur 34 % der Türken in Dänemark sprechen zu Hause Türkisch. Nun stellt sich die Frage warum das so ist? Das liegt nicht daran, dass Türkisch eine internationale Sprache ist, die man z.B. in Deutschland mehr beherrscht als in Österreich. Das liegt daran, dass es eine unterschiedliche Politik gibt, in der es auch eine Verpflichtung ist, sich zu integrieren. In der man ganz klar sagt, wenn du diese Integrationsmaßnahmen für dich selbst und deine Familie nicht umsetzen willst, wirst du irgend wann einmal sanktioniert. Das fehlt uns in Österreich. Wir haben ein Lasser-faire-Prinzip, welches sagt, jeder soll kommen, es ist alles in Ordnung. Aber das ist es gerade nicht. Migration bedeutet nicht nur Rechte sondern auch Pflichten. Diese Pflichten muss man auch einmahnen und, wenn sie verletzt werden, sanktionieren. Das ist ein Ansatz in der Politik, der mir bisher leider fehlt.

Es ist sehr wichtig diese Maßnahmen in Wels auch tatsächlich umzusetzen. Mir ist schon klar, dass die ideologischen Schranken in den anderen Parteien noch zu groß sind. Nur wenn wir es schaffen auch Migrantenkinder optimal auszubilden und zu integrieren, wird Österreich dauerhaft eine Zukunft haben. Es ist schade, dass es so nicht funktioniert.

Der Antrag (Anlage 12) zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

10 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)
gegen 24 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Flächenwidmungsplan Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 151) und
Örtliches Entwicklungskonzept Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 116)
BZ-BauR-5018-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 08.10.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 13 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (151. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (116. Änderung) beschließen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Zur Klärung, es handelt sich um eine Abänderung des Antrages, den wir schon einmal beschlossen haben. Wir waren damals aus guten Gründen dagegen und haben dies damals begründet. Wir werden auch diesmal dagegen stimmen.

Der Antrag (Anlage 13) zu Punkt 9. der Tagesordnung wird mit

23 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Wartinger, GR. Markus Wiesinger, GR. Pernkopf, GR. Marehard, GR. Baumgartner, GR. Wildfellner, GR. Ganzert, GR. Brenner-Nerat und GR. Mayerhofer sind bei der Abstimmung zu Punkt 9 des Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 162) und des
Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 125)
BZ-BauR-5010-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 08.10.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 14 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (162. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (125. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Wildfellner, GR. Ganzert, GR. Josseck-Herdt, GR. Markus Wiesinger und GR. Zaubmüller sind bei der Abstimmung zu Punkt 10. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die
Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 164)
BZ-BauR-5013-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 08.10.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 15 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (164. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) beschließen.

Einstimmig angenommen.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 101/1.1 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-6013-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 08.10.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 16 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 101/1.1 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Johann Reindl-Schwaighofer

13.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Maßnahmen zur Förderung des Fahrradverkehrs
DI-Verf-338-2012

GR. Reindl-Schwaighofer: Der vorliegende Initiativantrag der SPÖ-Fraktion befasst sich mit dem Fahrradverkehr in unserer Stadt. Es ist unzweifelhaft für alle, dass der Fahrradverkehr für Menschen immer populärer und wichtiger wird. Da ist einerseits die per-

sönliche Komponente, die mit dem Gesundheitsbewusstsein zu tun hat und andererseits die verkehrstechnische Komponente, da es viel leichter ist, innerstädtisch mit dem Fahrrad unterwegs zu sein. Das Fahrrad hat auch eine Geschichte, die vor allem Menschen aus dem urbanen Bereich stark bewegt und betrifft.

Wir haben letztes Mal die Frage der Fahrradstraßen im Gemeinderat diskutiert. Es geht uns darum, dass wir gemeinsam – der Gemeinderat, die Fraktionen und die Experten in unserer Stadt, das sind der Verein Welser Radler, das sind auch Menschen, die gerne mit dem Fahrrad unterwegs sind und die sich einbringen wollen - ein Konzept für die Stadt Wels entwickeln, damit wir den Fahrradverkehr wirklich fördern, ihn positiv besetzen und dadurch im Bereich der Verkehrspolitik einige positive Maßnahmen erzielen.

Aus dem Maßnahmenkatalog möchte ich nur ein paar Punkte zitieren, die uns in der Diskussion wichtig sind. Für einen am Stadtrand wohnenden Radfahrer sollte es möglich sein auf einem geschlossenen Radweg ins Stadtzentrum zu fahren. Wenn Mütter mit ihren Kindern am Radweg unterwegs sind, dürfen sie keine Angst um ihre Kinder haben, weil die baulichen Maßnahmen – Trennung der Fahrbahn für die Autos und den Fahrradverkehr – nicht gegeben sind. Im Wesentlichen geht es darum, dass wir überzeugt sind, durch geeignete Maßnahmen den Fahrradverkehr noch populärer zu machen. Außerdem soll es uns gelingen eine Entspannung des innerstädtischen Verkehrs zu erreichen sowie eine gewisse Entspannung in der Parkplatzproblematik, um damit zu einer Verkehrsberuhigung beizutragen. Persönlich fahre ich, wenn es das Wetter zulässt, mit dem Fahrrad auf der Lichtenegger Straße in die Innenstadt. Die Lichtenegger Straße ist eine Einbahnstraße, auf der mit dem Fahrrad auch gegen die Fahrtrichtung gefahren werden darf. Am Nachhauseweg fahre ich gegen die Fahrtrichtung, deshalb fahren die Autos automatisch langsam und vorsichtig.

Gemeinsam wird es uns etwas bringen, wenn wir diese Diskussion führen, wenn wir uns auf einen Bürgerbeteiligungsprozess einlassen, um auch entsprechende Maßnahmen zu verabschieden. Ich ersuche sie, dass sie mit uns gemeinsam diesen Weg gehen, damit wir den Fahrradverkehr in unserer Stadt fördern und populärer machen können.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf vorher noch einen Antrag, der mir übergeben wurde, zur Verlesung bringen:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 18 beigefügten Abänderungsantrag der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion.

GR. Zaunmüller: Ich stelle den Geschäftsordnungsantrag auf Zuweisung dieses Tagesordnungspunktes in den Verkehrs- und Straßenbauausschuss.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Zaunmüller auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 17) an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss zur weiteren Beratung wird mit

7 Ja-Stimmen (ÖVP-Fraktion)
gegen 27 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits: Der Antrag der Grünen Fraktion ist in die Beratungen aufzunehmen und insbesondere auch beim Schlusswort darauf einzugehen.

StR. Kroiß: Wir Freiheitlichen werden diesem Antrag zustimmen, weil es uns freut, dass nun auch die SPÖ mich bei meinen Bemühungen für eine fahrradfreundliche Gemeinde unterstützt.

Als wir heuer im Sommer im Gemeinderat das Thema der Velo-City-Charta hatten, in dem es um die Unterzeichnung dieser Charta ging, war die SPÖ-Fraktion noch stark dagegen und hat diesen Antrag abgelehnt. Die Grünen brachten diesen Antrag ein, mit dem wir Wels als eine fahrradfreundliche Gemeinde nach dem Velo-City-Prinzip gemacht hätten. Plötzlich bringt die SPÖ-Fraktion einen eigenen Antrag ein, der sich ziemlich an diese Velo-City-Charta hält. Das macht nichts – wir sollten wirklich alles unternehmen was möglich und notwendig ist, damit wir den Fahrradverkehr in Wels fördern.

Es wurden viele Maßnahmen bereits durchgeführt, z.B. eine Fahrradbeauftragte installiert, die Kontakt mit dem Verein Welser Radlern hält. Im Verkehrsausschuss ist der Fahrradverkehr immer ein Thema. Beispielsweise wird über eine Einbahnöffnung diskutiert, weil es hier immer berechtigte Bedenken gibt, dass ich sozusagen alles den Radfahrern erlaube. Es gibt sog. Radgaragen und die Verkehrserziehung für Kinder wird immer hervorragend durchgeführt. Es gibt das Bürgerbeteiligungssystem mit dem Verein Welser Radler und eine Facebook-Gruppe, in der es genau um den Radweg vom Ortsteil Laahen ins Zentrum geht. Dass es bereits Überlegungen gibt, diesen Radweg auf der Vogelweiderstraße zu führen, habe ich der Facebook-Gruppe bereits mitgeteilt.

Auch beim Mobilitätstag wurde dem Thema Radfahren sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt.

Ich darf dich um eines ersuchen, lieber Johnny Reindl-Schwaighofer: Wenn es um die Budgetierung dieser Fahrradstraße bzw. wenn es um einen Radweg als geschlossene Anlage geht, ersuche ich um Unterstützung der SPÖ-Fraktion. Dieser Antrag ist wirklich sehr löblich und nett, aber ohne Geld kann nicht viel umgesetzt werden. Wir benötigen hier das notwendige Budget um genau diese Maßnahmen durchzuführen, damit wir den Fahrradverkehr in Wels fördern. Grundsätzlich werden wir diesem Antrag zustimmen.

StR. Lehner: Einerseits möchte ich sagen, dass es wirklich wichtig und richtig ist, das Fahrradfahren in Wels zu unterstützen. Wels ist prädestiniert für den Fahrradverkehr, wir haben eine ideale topographische Lage, es ist perfekt, hier mit dem Rad unterwegs zu sein.

Persönlich habe ich meine Probleme mit der Begründung da und dort. Viele Dinge könnten schon längst umgesetzt sein. Es gibt Vieles was in den letzten Jahren verabsäumt wurde. Ich möchte nicht das sogenannte Wiener Prinzip, wo es zu Fernsehspots, Plakatkampagnen und Medienkooperationen kommt. Weiters weise ich darauf hin, dass es hier durch das Transparenzgesetz eine Einschränkung gibt. Es darf kein Plakat mit dem Johnny Reindl-Schwaighofer auf dem Fahrrad geben, welches auf Kosten der Stadt Wels irgendwo herumhängen wird. Auch sollen keine Medienkooperationen gesetzt werden. Die Probleme liegen für mich in der Begründung des Antrages und nicht im Initiativantrag selbst. Fahrradfahren in der Stadt Wels ist wichtig und für alle gesund

und meiner Meinung nach auch das Beste, das für die Attraktivierung der Innerstadt beiträgt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Die Grünen kämpfen seit Jahrzehnten für Verbesserungen im Welser Radverkehr. Selbstverständlich werden wir diesem Antrag zustimmen, weil jede Maßnahme, die Verbesserungen in diesem Bereich nach sich zieht, durchaus von uns unterstützt wird. Wir wundern uns auch ein wenig, dass die SPÖ-Fraktion plötzlich die Radfahrer entdeckt und einen eigenen Antrag eingebracht hat, nachdem wir in der letzten Sitzung doch mit einiger Verwunderung feststellen mussten, dass unser Antrag zur Velo-City-Charta nach einer durchaus positiven zustimmenden Erklärung vom Kollegen Hoflehner schließlich abgelehnt wurde. Dies war für mich und manche andere in diesem Raum verblüffend, weil man nicht wusste warum diese Ablehnung erfolgte. Dieser Antrag hätte durchaus seine Vorteile gehabt, denn damit hätten wir konkrete Zielsetzungen mitbeschlossen. So z.B. die Erreichung eines 15%-igen Fahrradanteils am Gesamtverkehr bis 2020.

Solche Zielsetzungen fehlen mir in diesem Antrag. Darin geht es lediglich, um Maßnahmen zur Förderung des Fahrradverkehrs mit Bürgerbeteiligung. Wenn wir jetzt unter der Begründung dieser Maßnahmen eine ganze Reihe von Gründen aufgelistet finden, dann kann ich nur sagen, dies liest sich wie die Arbeitsplatzbeschreibung eines Verkehrsreferenten im Bereich des Fahrradverkehrs.

Beispielsweise wurde angeführt, es könnte eine eigene Agenda 21-Gruppe-Plattform für eine breit angelegte Diskussion installiert werden. Hier kann ich nur sagen, das ist eine Verkennung der Agenda 21. Agenda 21 ist Bürgerbeteiligung von unten; eine Agenda 21-Gruppe kann ich nicht von oben installieren und in einem Antrag festschreiben bzw. von Seiten der Stadt ins Leben rufen.

Auf diese Art und Weise kann es nicht funktionieren und damit komme ich zu unserem Abänderungsantrag. Wir glauben tatsächlich, dass die Verkehrspolitik so umfassend ist, dass Fahrradangelegenheiten im Verkehrsausschuss manchmal zu kurz kommen. Deshalb plädieren wir für einen Beirat, der u.a. von allen Parteien beschickt wird. In erster Linie aber von Experten aus diesem Bereich. Das ist einerseits die Fahrradbeauftragte unserer Stadt, andererseits natürlich Vertreter des Vereins Welser Radler, die sich seit Jahrzehnten mit der Situation des Fahrradverkehrs beschäftigen. Das sind aber auch Verkehrsexperten, welche laut Antrag zur Beiziehung empfohlen werden. Wir glauben, die Verkehrspolitik braucht eine institutionalisierte Begleitung in einem Gremium, in dem möglichst viele Expertenmeinungen vertreten sind.

Ich möchte noch ganz kurz das Thema Fahrradbeauftragte ansprechen. Eine Fahrradbeauftragte, die zwei Stunde pro Woche beschäftigt ist, kann eindeutig nicht dieser Aufgabe gerecht werden. Nimmt sie z.B. an einer der regelmäßigen Besprechungen des Vereins Welser Radler teil, dann hat sie diese zwei Stunden in der Woche bereits abgedient. Deshalb wird es hier notwendig werden nachzubessern, um dem Thema Fahrradverkehr auch eine personelle Verbesserung erfahren zu lassen. Sonst sind wir natürlich für die Verbesserung der Maßnahmen im Fahrradverkehr und hoffen auf eine breite Zustimmung in diesem Gemeinderat.

Bgm. Dr. Koits: Nur ein Wort von mir als Personalreferent – Sie haben gerade gehört auf der einen Seite eine personelle Ausweitung, auf der anderen Seite jedoch haben wir heute auch von Personaleinsparungen gesprochen. Ich bitte bei allen zu stellenden Anträgen immer diese beiden Aspekte im Auge zu behalten.

Vzbgm. Dr. Wieser: Dieses Thema veranlasst mich auch ein paar Worte beizutragen. In der Vergangenheit wurden viele Dinge in Wels eingeführt, mit denen wir in den österreichischen Städten an der Spitze liegen, wie z.B. das Radfahren gegen die Einbahn. Diese Einführung wurde von Kollegen und Kolleginnen aus dem Gemeinderat schon sehr kritisch beleuchtet, weil man sich nicht vorstellen konnte, dass gegen die Einbahn ein anderes Fahrzeug fährt. Wir haben aber gewusst, dass in anderen Städten nur wenige oder überhaupt keine Unfälle passieren. Mehr Unfälle gibt es mit Radfahrern mit von rückwärts kommenden Autos. Aufgrund des Entgegenkommens des Radfahrers erkennen die Kraftfahrzeuglenker eventuelle Gefahren früher. Wir haben in vielen Bereichen, auch in der Lichtenegger Straße, nicht nur dieses entgegenkommende Radfahren erlaubt, sondern auch an der dortigen Kreuzung eine Aufstoppelung errichtet, damit die Geschwindigkeit reduziert wird. Damals gegen den vehementen Widerstand des Kollegen Hochhauser.

Die Radfahrer sind in Wels bei Gott keine Heiligen. Sie sollen auch diesen Status nicht bekommen. Aufgrund meiner Erfahrungen möchte ich im Zusammenhang mit der gesamten Radfahrkampagne ersuchen, an die Radfahrer in Wels zu appellieren, sich an bestimmte Regeln zu halten, welche durchwegs in der Straßenverkehrsordnung auch nachzulesen sind. Viele Radfahrer glauben sie können fahren wie sie möchten.

Dann gibt es eine neue, besonders gefährliche Kategorie von Radfahrern in Bezug auf Geschwindigkeit. Diese Personen fahren mit einem elektrisch betriebenen Fahrrad. Würden diese mit einem normalen Rad unterwegs sein, hätten sie eine Geschwindigkeit von 15 – 17 km/h, jedoch mit dem Elektrobike erreichen sie die doppelte Geschwindigkeit. Sie fahren dann mit ca. 30 – 35 km/h teilweise schneller als ein Moped. Dies stellt eine große Gefahr dar, weil dieses Fahrrad kein Geräusch verursacht. Speziell im Freizeitbereich an der Traun, wo sehr viele Fußgänger mit Hunden unterwegs sind, sollten diese Radfahrer ein bisschen mehr Rücksicht nehmen.

Vollkommen in Vergessenheit geraten ist das Bedienen der Radfahrglocke. Speziell im Bereich zwischen Eisenbahn- und Traunbrücke ist das Verkehrsaufkommen der Fußgänger und Radfahrer sehr hoch. Da fahren die Radfahrer mit großer Geschwindigkeit an den Fußgängern ohne Vorwarnung, sprich Bedienung der Fahrradglocke, vorbei.

Auch fällt mir auf, dass viele Radfahrer in der Dunkelheit ohne Licht unterwegs sind. Entweder haben diese kein Licht mehr auf ihren Fahrrädern oder sie schalten dieses nicht ein.

Bei dieser ganzen Thematik dürfen wir die diversen „Verfehlungen“ der Radfahrer nicht vergessen. Diese müssen sich natürlich an die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung halten. Eine Appellierung an die Radfahrer in dieser Richtung wäre von meiner Seite her gewünscht.

GR. Kirchmayr: Wie Kollege Kroiß bereits ausführte, ist im Fahrradbereich schon sehr viel geschehen. Es wäre schön, wenn es ein Gesamtkonzept für Wels geben würde. Eine gute Sache wäre auch, wenn von jedem Stadtteil ein ordentlicher Radweg in das Zentrum führen würde. Dies wäre eine Aufgabe für dich, Kollege Kroiß, man könnte ja einen Kroiß-Radfahrweg daraus machen.

GR. DI. Leitinger: Ich möchte meiner Verblüffung Ausdruck verleihen über diese Mutierung aller zu Radfahrbegeisterten, bis auf Dr. Wieser, der sich eher vor den Radfahrern

fürchtet. Auf einige Aspekte in Richtung Radfahrkonzept darf ich dennoch hinweisen.

Wir brauchen nicht nur Einzelaktivitäten, wie die Überdachung der Radständer beim Welser Bahnhof. Das bereits schon lange im Gespräch befindliche Radleitsystem ist noch immer nicht umgesetzt. Die Wege sind nicht durchgängig – wir haben die Argumente bereits gehört.

Weiters weise ich darauf hin, dass wir als Stadt uns ja als Energiehauptstadt rühmen. Auch hier liefert uns das Radfahrkonzept eine Steigerung des Radfahranteils und damit einen wichtigen Beitrag zum Einsparen von CO₂.

Wir haben uns auch noch auf das Fähnchen geschrieben, wir wollen den Footprint in der Stadt senken. Nach den Erhebungen, die im Zuge dieses Projekts durchgeführt wurden, haben wir in der Stadt Wels einen überdurchschnittlich hohen Autoanteil. Auch hier kann es nur gut und wichtig sein, wenn wir ein Fahrradkonzept bekommen und die Gemeinderatsmitglieder sowie die Welser und Welserinnen beabsichtigen auf das Rad umzusteigen, damit unser Klima verbessert und die Lebensqualität erhöht wird; kurzum in allen Aspekten eine Verbesserung erwirken.

GR. Haböck: Nach der Bewerbungsrede von Herrn Dr. Wieser zum neuen Fahrradbeauftragten, möchte ich zum Antrag noch Folgendes sagen: Inhaltlich ist dieser Antrag richtig. Wir werden Kollegen Lehner Recht geben und diesem Antrag auch zustimmen.

Interessant ist diese Art von Politik. Abgesehen davon kommt man im Jahr 2012 drauf, dass es Fahrräder gibt und diese in der Stadt genutzt werden, obwohl das erste Fahrrad bereits 1817 erfunden worden ist.

Die zweite Seite betrifft die Arbeit eines Verkehrsreferenten in einer Stadt. Es braucht keinen eigenen Antrag, damit ich jedem einzelnen Referenten sage, was er zu tun hat. Ich bin sicher, dass Kollege Kroiß in der laufenden Funktionsperiode alles noch durchsetzen wird und dafür Budgetmittel zur Verfügung gestellt bekommt.

Es herrschen jedoch gewisse Unsitten in der österreichischen Innenpolitik auch bei diesem Thema. Wenn man das Beispiel Wien in Betracht zieht merkt man, dass eben diese Selbstverständlichkeiten, dass die gewählten Mandatarinnen und Mandatare, Referentinnen und Referenten das tun, wofür sie gewählt bzw. bezahlt werden, nicht immer vollzogen werden. Nämlich den Aufgabenkatalog in ihrem Ressort abzuarbeiten, sondern alles schön eventmäßig immer zu propagieren und eigentlich nichts umzusetzen sondern nur eine große Show zu veranstalten.

Die Stadt Wien, die dortige Rot-Grün-Regierung, macht dies vor. Mehrere Beauftragte wurden installiert, obwohl die Stadt Wien keinerlei rechtliche Kompetenzen in diesem Bereich hat. Der bei der MA 28 angesiedelte Fahrradbeauftragte hat ein Budget von € 900.000,--, davon € 200.000,-- allein für Gehälter. Vor kurzem wurde auch ein Fußgängerbeauftragter installiert.

Kollege Kroiß, ich muss sie sicherlich enttäuschen, wenn sie sagen, das Budget soll für Maßnahmen für Radwege zur Verfügung gestellt werden. Wenn ich mir die dritte Seite des Antrages so anschau, dann weiß ich, wofür das Budget genutzt wird, nämlich für Maßnahmen um Politikergesichter zu bewerben. Inseratenkampagne, Fernsehspots,

Plakatkampagnen, Medienkooperationen – anscheinend sind diese in Wels gratis? Woher kommt das Budget plötzlich?

Wir werden diesem Antrag aufgrund der vorgeschlagenen Maßnahmen auf Seite 2 zustimmen. Ich warne jedoch davor, dass in Wels diese Unsitten eintreten, dass alle Aufgaben an politische Gruppen, an Arbeitskreise usw. ausgelagert werden. Es gibt Politikerinnen und Politiker, die dafür gewählt und bezahlt werden, dass sie solche Sachen auch umsetzen ohne dass man dazu zigtausende Kampagnen, Ausschüsse und Beauftragte braucht.

StR Kroiß: Wir werden das Geld nicht für solche Kampagnen ausgeben, sondern für eine Fahrradstraße. Das Radverleihsystem können wir ohne Geld nicht umsetzen. Es geht in vielen Bereichen um die budgetäre Bedeckung, die ja auch in diversen Ausschüssen beschlossen werden muss.

Dem Zusatz- bzw. Abänderungsantrag der Grünen werden wir nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass dieser Hauptantrag mit dem Bürgerbeteiligungssystem alles enthält.

GR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die sehr lebhafteste Diskussion zum Thema Fahrradfahren in Wels. Ich kann allen versichern die glauben, dass man das Fahrradfahren gerade erfunden hat – es ist nicht so.

Fahrradfahren ist ein Thema, welches sehr viele Welserinnen und Welser betrifft. Die Wahrheit ist, dass der Fahrradverkehr in Wels schon viel attraktiver gewesen ist. Die Untersuchung zum Thema Footprint zeigte, dass im gesamten Verkehr nur ein geringer Teil Fahrräder sind. D.h. es gibt einiges, was wir in diesem Bereich machen müssen und ja, es ist auch gemeint als Agenda des zuständigen Verkehrsstadtrates.

Überhaupt keine Frage, dass ist auch eine abzuarbeitende Agenda. Ich habe es zuerst schon erwähnt, es geht nicht darum jeden Punkt exemplarisch aufzuzählen und umzusetzen.

Ich versichere allen die glauben, dass es sozusagen um Maßnahmen für mein Eigenmarketing geht, das ist nicht der Fall. Mein Eigenmarketing besteht darin mit dem Fahrrad nach Grado zu fahren und dies im Facebook zu posten.

Sehr geehrter Herr StR. Kroiß, zu den Budgetverhandlungen darf ich sagen, wenn es konkrete Projekte gibt, dann werden sich die anderen Fraktionen auch nicht verschließen. Wichtig wird nur sein, dass wir gemeinsam ein Budget beschließen, um diese Dinge umsetzen zu können.

Zum Abänderungsantrag von Kollegen Teubl möchte ich sagen, ich kann deiner Richtung folgen. Ich glaube nur, dass dies dann der dritte Schritt vor dem ersten wäre. Ich denke, dass wir jetzt den vorliegenden Antrag beschließen und dann in der gemeinsamen Diskussion, in einer Form der Bürgerbeteiligung etwas entwickeln. Wenn etwas Notwendiges und Wichtiges zu diesem Thema beigetragen wird, können wir dieses gemeinsam diskutieren und auch gemeinsam verabschieden. Dies wäre wirklich der dritte Schritt vor dem ersten, deshalb darf ich sie ersuchen den Antrag in der ursprünglichen Form zu beschließen.

Auch zur Frage Velo-City darf ich sagen, das ist richtig. Wir haben diesen Antrag abgelehnt, weil er zuerst eine Verpflichtung eingegangen wäre und nachher sich erst mit dem Fahrradfahren beschäftigt hätte. Wir möchten uns vorher diesem Thema annehmen und dann davon ableiten, wie schaut es mit den Verpflichtungen aus. Danach können wir uns an diesen Verpflichtungen messen lassen oder der Herr Verkehrsstadtrat, falls er in diesem Bereich Initiativen setzt. Dieser hat es ja in der Frage des Lückenschlusses von Laahen in die Innenstadt selbst angesprochen. Diesen Weg sind wir gemeinsam mit den Menschen, die diesen benützen, abgefahren. Nur Initiativen wurden seither nicht gesetzt. Dies ist ein kleiner Hinweis Richtung Verkehrsstadtrat endlich in diesem Bereich aktiv zu werden.

Ich ersuche um Beschluss unseres eingebrachten Initiativantrages. Ich denke, dass wir dieses Thema gemeinsam in unserer Stadt weiter entwickeln können und wir auch viele lachende Gesichter sehen werden, wenn viele Menschen mit dem Fahrrad unterwegs sind.

Die Abstimmungen zu Punkt 13. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 18) der GRÜNE-Fraktion wird mit

3 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
gegen 31 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und FPÖ -Fraktion)

abgelehnt.

Der Hauptantrag (Anlage 17) wird

einstimmig angenommen.

Bgm Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und teilt zum nächsten Tagespunkt als Information mit, dass die Stadtgärtnerei seit dem Frühjahr 2012 gänzlich auf die Verwendung von Pestiziden verzichtet. Die städtischen Betriebe arbeiten derzeit an einem entsprechenden Konzept wie man z.B. Rinnsale ordentlich von Pestiziden reinigt.

Berichtstatterin Gemeinderätin Dipl.-Ing. Renate Leitinger

14.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Verringerung des Einsatzes von Pestiziden
DI-Verf-339-2012

GR. DI. Leitinger: Bereits im Sommer dieses Jahres machten wir zu diesem Thema eine Presseaussendung. Jetzt erlauben wir uns sozusagen einen Initiativantrag nachzureichen. Im Vorfeld zu dieser Presseaussendung habe ich selbstverständlich Gespräche

mit Kollegen des Magistrates geführt. Von Kollegen der Stadtgärtnerei wurde mir mitgeteilt, dass soweit es geht auf den Einsatz von Pestiziden verzichtet wird.

Anders schaut es derzeit im Bereich der Verkehrsflächen aus. Aus unserer Sicht ist dieser Antrag immer noch notwendig. Es geht uns nicht um eine Angstmache. Es geht uns um einen verantwortungsvollen Umgang mit Stoffen, die nachweislich negative Auswirkungen auf die Gesundheit unserer Bürger und Bürgerinnen haben, die sich negativ auf die Umwelt, auf Grundwasser, Boden und Pflanzen auswirken können.

Wir schlagen daher vor, der Gemeinderat möge beschließen, bei der Pflege von kommunalen Flächen, also von Grünflächen und Verkehrsflächen, auf den Einsatz von glyphosathaltigen Pestiziden zu verzichten und allen mit dieser Aufgabe befassten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eine entsprechende Anweisung zu erteilen.

Außerdem soll die Stadt Wels ein Konzept für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit erarbeiten. Das Ziel soll sein, dass auf die Gefahren, die von diesen Stoffen ausgehen, hingewiesen wird. Diese Mittel werden durchaus noch in beträchtlichen Mengen im eigenen Hausgarten und in der Landwirtschaft eingesetzt. Im Amtsblatt oder in anderen geeigneten Organen sollte mit Foldern auf die gesundheitlichen Gefahren für die Benutzer dieser Pestizide hingewiesen werden.

Warum stellen wir diesen Antrag? In den letzten Jahren haben sich die Hinweise verdichtet, dass auch der Wirkstoff Glyphosat und seine Abbauprodukte für die Pflanzen, Tiere und Menschen gefährlicher sind als bisher angenommen. Konkret steht der Stoff im Verdacht, sich negativ auf die Fortpflanzung bei Mensch und Tier auszuwirken, die Fötalentwicklung zu beeinträchtigen und auch zu bestimmten Krebserkrankungen zu führen. In den letzten Monaten gab es in der einschlägigen Literatur immer wieder Hinweise darauf, dass dieser Stoff im Urin der Menschen zu finden ist. Ebenso ist er für die Erkrankung von Rindern verantwortlich, die mit Glyphosat behandeltem Futtermittel, wie Getreide, gefüttert wurden.

Aber auch aus Gründen des Umweltschutzes sind wir für eine Reduzierung dieses Stoffes. Ich möchte hier eine Karte herzeigen. Man sieht im Umfeld von Wels diesen rosa, orangeroten Bereich, Böden, die sehr durchlässig sind. Das heißt, beim Einsatz von Pestiziden auf unseren Böden kommt es sehr leicht zu einer Beeinträchtigung des Grundwassers und damit unser Trinkwasserreserven. Das Land Oberösterreich startete eine sogenannte Pestizidstrategie, in der in Zusammenarbeit mit den Landwirten und der Landwirtschaftskammer versucht wird den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft zu reduzieren, um unsere Grundwasserreserven zu sichern. Dies gelingt leider nicht immer, weil wir in Oberösterreich durchaus Pestizide im Grundwasser finden.

Dies soll uns als Stadt aber nicht daran hindern einen Schritt in die richtige Richtung zu setzen. Dieser Schritt wäre auf Glyphosat zu verzichten bzw. zumindest eine Schulung der Mitarbeiter durchzuführen. Die Ausbringungsgeräte sollen regelmäßig auf Glyphosatgehalt überprüft werden, ob es zu einer Abtrifft kommt, das heißt, ob Passanten und Passantinnen gefährdet sind und auch Aufzeichnungen über die Ausbringung zu führen. Diese Vorgaben sind bereits im OÖ. Bodenschutzgesetz enthalten und müssten eigentlich umgesetzt werden. Außerdem ist es nach § 33 verboten, Straßenbegleitflächen mit Pestiziden zu behandeln.

Es sollte dringend geprüft werden, welche Ersatzmittel bzw. andere Methoden es gibt, sei es mechanischer oder thermischer Art, die geeignet sind diese gefährlichen Stoffe zu ersetzen, sowohl bei uns auf den Verkehrsflächen als auch in der Landwirtschaft und in den Hausgärten. Wir halten es auch für notwendig, dass die Stadt darauf hinweist welche Möglichkeiten Hausgartenbesitzer und -besitzerinnen haben, um von diesen Mitteln abzuweichen. Die Gefahrenpotentiale sind nicht unbeträchtlich, es sind durchaus Alternativen vorhanden. Wir sollten als Stadt eine Vorbildwirkung ausüben und von diesen Mitteln Abstand nehmen sowie auch unsere Bürger und Bürgerinnen darauf hinweisen.

Aus diesem Grund haben wir diesen Initiativantrag gestellt. Es geht uns um die Gesundheit der Welser und Welserinnen, es geht uns aber auch um die Gesundheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die bei der Ausbringung dieser Mittel ohne Schutz gefährdet sind. Weiters geht es uns um den Schutz der Grundwasserreserven. Wir ersuchen daher um die Zustimmung zu diesem Antrag.

GR. Markus Wiesinger: Bei diesem Antrag sind wir uns alle einig wenn es darum geht auf die Pestizide zu verzichten, um unsere Gesundheit zu schützen.

Auf Grund ihrer Ausführungen, Frau DI. Leitinger, merkt man, dass sie sich vertieft mit dem Thema beschäftigt haben. Sie kennen sich gut aus und haben die dementsprechenden gesetzlichen Grundlagen zitiert. Ich glaube es gibt sicherlich einige Kollegen und Kolleginnen, die das Oö. Bodenschutzgesetz gar nicht kennen. Sie haben auch von der Pestizidstrategie gesprochen. Hier gibt es drei Punkte auf die man sich festgelegt hat. Das betrifft die Reduktion dieses Pflanzenschutzmittels, weiters gibt es Initiativen in Richtung gewässerschonenden Umgang und die nachhaltige Verwendung dieser Pestizide.

Jahreszeitlich bedingt haben wir im Welser Stadtgebiet gewisse Flächen, an denen das Unkraut bis zu einer Höhe von 1,5 m wächst. Diesem Unkraut werden wir nicht mit Handarbeit Herr werden können. Deshalb ist dieses Thema sehr umfassend und soll noch näher geprüft werden.

GR. Hacker: Ich stelle den Geschäftsordnungsantrag, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Hacker auf Zuweisung ggst. Initiativantrages (Anlage 19) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird bei

19 Ja-Stimmen (SPÖ-, und ÖVP-Fraktion)
gegen 13 Nein-Stimmen (FPÖ, Grüne-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer und GR. Wildfellner waren bei der Abstimmung zu Punkt 14. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. DI. Leitinger: Jetzt müsste man noch klären, in welchen Ausschuss, weil Grünflächen und Verkehrsflächen betroffen sind.

Bgm Dr. Koits: Wenn es Überschneidungen gibt, Verkehrsflächen auf der einen Seite und Parkflächen auf der anderen Seite, dann wird es eine entsprechende Abstimmung oder die Befassung von zwei Ausschüssen dafür geben. Nachdem sich Frau Magistratdirektorin diesem Thema auch schon angenommen hat, wird sie die entsprechenden organisatorischen Schritte in die Wege leiten.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und verliest den als Anlage 21 beigefügten Abänderungsantrag der GRÜNEN-Fraktion.

Berichterstatterin Gemeinderätin Mag. Elke Mayerhofer

15.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Umstellung von Schulausspeisungen und Hort- und Kindergartenessen auf Bio-Nahrungsmittel
DI-Verf-340-2012

GR. Mag. Mayerhofer: Bio macht schön. Auf diese humorvolle Weise werben derzeit die Grünen für mehr Biolebensmittel. Ob Bio nun schön macht oder nicht sei dahingestellt. Entscheidend ist, dass Biolebensmittel ohne Einsatz von Pestiziden oder Kunstdünger hergestellt sind. Sie sind garantiert gentechnikfrei und unterstützen damit einen nachhaltigen und gesunden Ernährungsstil.

Die Grünen Wels fordern im vorliegenden Antrag den Umstieg auf Biolebensmittel in den Welser Schulausspeisungen, Horten und Kindergärten. Dieser soll zumindest 30% gemessen an den Kosten betragen. Wie soll das erreicht werden?

1. Indem die stadt eigene Küche, welche unsere Schulen, Horte und Kindergärten mit Essen versorgt bis spätestens Jänner 2013 ausreichend Bioprodukte in ihrem Beschaffungskatalog aufnimmt.
2. Indem die Stadt Lieferverträge mit eventuell externen Essenslieferanten zum rechtlich frühest möglichen Zeitpunkt neu ausschreibt und der angestrebte Bioanteil als Kriterium aufgenommen wird.

Indem die Stadt in die Förderrichtlinien für Privatkinderergärten, Privathorte und Privatschulen einen verpflichtenden Bioanteil als Förderbedingung aufnimmt.

Hier im Gemeinderat bewusst eine Entscheidung für mehr Bio zu treffen setzt unseres Erachtens einen notwendigen nächsten Schritt nach den bisherigen Initiativen zu mehr Regionalität und einer ausgewogenen Ernährung, wie sie durch das Gütesiegel Gesunde Küche vom Land Oberösterreich bereits erreicht wurde. Biolebensmittel verursachen natürlich mehr Kosten, das ist uns klar. Wir haben uns dabei überlegt, dass ein allzu starkes Ansteigen dieser Kosten durch eine Reduktion der Fleischgerichte einerseits erreicht werden kann. Allerdings sollten uns unsere Kinder es wert sein, dass aus wirklich gesunden, rückstandsfreien Lebensmitteln ihr Essen zubereitet wird.

Wir Grünen wollen, dass das Essen für die Kinder aus frischen, biologischen, regionalen und saisonalen Lebensmitteln zubereitet wird. So ist sichergestellt, dass sie über

einen höheren Gehalt an wertvollen Inhaltsstoffen verfügen, keine ungesunden chemischen Rückstände aufweisen und garantiert gentechnikfrei sind.

Wenn sie, werte Kolleginnen und Kollegen, ebenso denken, dann bitte ich um Unterstützung unseres Antrags.

Um auf diesen Änderungsantrag der FPÖ einzugehen – verstehe ich sie richtig, dass sie sich mit heimisch auf regionale Produkte beziehen? Ich möchte dazu sagen, dass mit der Initiative Gesunde Küche bereits auf Regionalität geachtet wird. Von unserer Seite sehen wir den Antrag der FPÖ bereits abgedeckt. Was das Halalfleisch betrifft, muss ich gestehen, dass ich dazu nichts sagen kann.

Vzbgm. Eisenrauch: Nachdem ich glaube, dass dieser Antrag auch das Budget belasten wird, ist es am besten, diesen Antrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Eisenrauch auf Zuweisung gegenständlichen Initiativantrages (Anlage 20) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird bei

32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Reindl-Schwaighofer und GR. Lindlbauer waren zum Zeitpunkt der Abstimmung im Sitzungssaal nicht anwesend.

16.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Schulsanierungskonzept III
DI-Verf-341-2012

GR. Mag. Mayerhofer: Das Schulsanierungskonzept II ist im Gemeinderat im Jahr 2010 bereits sehr intensiv diskutiert worden. Seither ist es relativ ruhig um das Thema Schulsanierung geworden. Lieber haben wir uns in der Vergangenheit mit Sanierungen der Welser Sportstätten beschäftigt, deren Sanierung scheinbar auch wesentlich zügiger voranschreiten. Uns Grünen erscheint es daher wichtig wieder einmal dezitiert den Focus auf das Schulsanierungskonzept II zu richten, welches im Jahr 2013 in sein achttes Jahr kommen wird.

Die Liste der noch offenen Sanierungsfälle ist immer noch lang, was wir als kein gutes Zeichen werten. Denn zieht man den Vergleich mit dem abgeschlossenen Schulsanierungskonzept I, welches vergleichbar hohe Budgetmittel benötigt hat, dann müsste das Schulsanierungskonzept II 2013, spätestens 2015 umgesetzt sein. Ich wage allerdings

die Prognose, dass das angesichts der Länge der Liste der noch offenen Sanierungspunkte und angesichts der minimal vorgesehenen Budgetmittel nicht der Fall sein wird.

Die seit Beschluss des Schulsanierungskonzeptes II vergangenen sieben Jahre sind jedoch an den Schulen nicht spurlos vorüber gegangen. Ich gehe davon aus, dass sich bereits wieder genügend neue Mängel angesammelt haben, die ein gänzlich neues Schulsanierungskonzept befüllen würden.

Aus diesem Grund beantragen die Welser Grünen eine Evaluierung des Schulsanierungskonzeptes II in Bezug auf erledigte und unerledigte Projekte. Ebenso soll die Bauverwaltung den Auftrag erhalten eine Begutachtung der Welser Pflichtschulen durchzuführen, um den Bedarf an Erneuerungen, Sanierungen oder Ergänzungen festzustellen. Diese beide Maßnahmen – Evaluierung einerseits und Neubegutachtung andererseits – sollen die Grundlage für ein Schulsanierungskonzept III bilden, welches spätestens bis Herbst 2013 dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Gleichzeitig soll in einem Grundsatzbeschluss über die ausreichende finanzielle Bedeckung innerhalb der nächsten fünf Jahre sicher gestellt werden, womit eine möglichst zeitnahe Umsetzung gewährt werden soll.

Ich bitte um Diskussion, um Zustimmung und Unterstützung dieses Antrages.

GR. Wartinger: Auch die Fraktion der ÖVP begrüßt die Überarbeitung des Schulsanierungskonzeptes II bzw. die Erstellung des Schulsanierungskonzeptes III.

Im März 2005 wurde das Schulsanierungskonzept II mit einer Gesamtsumme von ca. 9,1 Millionen Euro im Gemeinderat genehmigt. Diese Summe setzt sich zusammen aus 7,6 Millionen Euro Baukosten und 1,5 Millionen Euro für die Einrichtung. Die Erneuerungen und Ergänzungen der Einrichtungen wurden mit den oben angeführten Mitteln bereits in den letzten Jahren an den Welser Pflichtschulen durchgeführt. Im Budget 2011 wurden 500.000 Euro für das Schulerhaltungskonzept II zur Verfügung gestellt. Der größte Teil dieser Summe wurde für die vorgeschriebenen feuerpolizeilichen Einbauten benötigt. Der Umbau der Mittelschule Lichtenegg bzw. der Bau der Turn- und Basketballhalle, wie auch der 100-Jahr-Feier der Volksschule Neustadt wurden mit Geldern außerhalb des Sanierungskonzeptes gestaltet.

Ein neues großes Projekt ist jetzt zu realisieren, es betrifft die Volksschule 10 Lichtenegg. Hier bedarf es jedoch noch einer Prüfung, ob es zu einer Sanierung oder eines Neubaus der Schule samt Turnhalle kommen soll.

In Wels gibt es 18 Pflichtschulen, das sind 10 Volksschulen, 6 Mittelschulen, der Polytechnische Lehrgang und die Dr. Schärf-Schule. An manchen dieser Schulen wurden bereits Sanierungen durchgeführt. Die meisten davon sind jedoch sehr alte Schulen und hier bedarf es nicht nur kleiner Renovierungsarbeiten.

Damit die Schülerinnen und Schüler optimale Rahmenbedingungen für eine bestmögliche Bildung vorfinden, begrüßen wir natürlich eine Überarbeitung des Schulsanierungskonzeptes II bzw. die Erstellung des Schulsanierungskonzeptes III. Dies sollte so rasch als möglich in Angriff genommen werden.

GR. Hoflehner: Es ist keine Überraschung, wenn ich namens der SPÖ-Fraktion ebenfalls die Zustimmung zu diesem Antrag mitteilen darf. Wer sich als Mitglied in einem dafür zuständigen Ausschuss befindet weiß, dass wir in diese Richtung vollkommen konform gehen. Wir finden sieben Jahre sind eine lange Zeit. Jeder Besitzer eines Gebäudes weiß, dass der Zahn der Zeit daran nagt. Man soll natürlich auch mitbedenken, dass sich in den sieben Jahren auch inhaltlich etwas entwickelt hat. Es wäre schön, wenn in diesem Konzept auch dahingehend Überlegungen angestellt werden.

Grundsätzlich geben wir die Zustimmung zu diesem Antrag – wir begrüßen diesen Schritt.

GR. Mag. Mayerhofer: Herzlichen Dank für diese positiven Wortmeldungen. Ich hoffe, dass uns wirklich eine möglichst zeitnahe Umsetzung dieses neuen Schulsanierungskonzeptes gelingen wird.

Bgm. Dr. Koits: Bevor wir zur Abstimmung kommen noch ein Gedanke – vielleicht sollte man hier nicht Sanierungskonzept sondern Schulentwicklungsprogramm sagen, denn es steckt sicher etwas mehr dahinter als nur eine Hausmauer zu färbeln oder einen Boden zu schleifen. Es schiene mir wirklich für das Thema Schule wichtig.

Der Initiativantrag (Anlage 22) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

17.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Erklärung des Westteiles des Stadtplatzes zur Fußgängerzone
DI-Verf-342-2012

GR. Prof. Mag. Teubl: Der Antrag Nr.17 der Grünen Gemeinderatsfraktion beschäftigt sich mit einem autofreien Stadtplatz. Der Stadtplatz ist kein Parkplatz sagte bereits 2008 der von der Stadt Wels engagierte Berater für die geplante Neugestaltung der Innenstadt Dr. Christian Mikunda.

Dieser sagte, die Stadt Wels sollte dafür sorgen, dass das architektonische Highlight - der Welser Stadtplatz - besser zur Geltung kommt, indem er autofrei gemacht wird. Wie so oft verzichtete die Stadt Wels aber darauf, die Ratschläge eines Experten anzunehmen. Dabei ist er bei weitem nicht der Einzige, der diese Ansicht vertritt.

Zahlreiche andere Planer und Stadtraumgestalter vertreten ganz ähnliche Ansichten. Auch viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, denen die Attraktivierung und Bele-

bung der Innenstadt am Herzen liegt, halten einen autofreien Stadtplatz für eine gute Idee. Ja, in persönlichen Gesprächen sind auch Mandatäre aller hier vertretenen Fraktionen grundsätzlich für diese Idee zu begeistern gewesen. Woran also scheitert die Umsetzung?

Das ist die Frage, der ich hier nachgehen möchte. Gescheitert ist der autofreie Stadtplatz zum einen an der verbohrtten Haltung von Geschäftsleuten, die immer noch glauben, dass ihr Umsatz direkt proportional der Anzahl der Parkplätze vor ihrem Geschäft aufgerechnet werden kann. Dass sie diese angeblich so wertvollen Parkplätze auch noch mit ihren eigenen Blechkarossen verparken und so für ihre Kunden blockieren, kann ich allerdings nur schwer verstehen. Wenn unsere Geschäftsleute die Dinge ein wenig genauer betrachten würden, dann hätten sie schon längst begriffen, dass nicht Autos einkaufen sondern Menschen. Es geht also um die Erhöhung der Frequenz in der Innenstadt. Es wird in Zukunft einfach nicht mehr funktionieren, wenn man nur die Shoppingwütigen im Blickfeld hat, denn diese sind schon längst in die Einkaufszentren am Stadtrand von Wels abgewandert. Diese Personen haben wir schon verloren. Nun muss es uns gelingen auf andere Art und Weise die Menschen in die Innenstadt zu locken.

Friedrich Müller hat neulich einen Kommentar in den Oberösterreichischen Nachrichten geschrieben mit dem Inhalt, wir müssen uns von dem Bild verabschieden, dass die Innenstadt eine einzige Shoppingzone darstellt. Stadtzentren werden wieder zu Wohnraum, sie sind gleichzeitig beliebte Fortgehzonen und anerkannte Treffpunkte für Kulturinteressierte.

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Die Menschen müssen wieder gerne in die Innenstadt kommen, weil sie sich wohl fühlen. Dann werden sie auch wieder hier einkaufen. Voraussetzung dafür ist aber ein schönes Ambiente, eine einladende Atmosphäre und eine grandiose Kulisse der Altstadt für den urbanen Lifestyle. Die Innenstadt darf nicht mehr mit Blechbüchsen vermüllt werden, wie es bisher der Fall ist. Gescheitert ist der autofreie Stadtplatz aber andererseits auch an mangelndem Mut der politisch Verantwortlichen. Das muss hier einmal ganz deutlich gesagt werden.

So hat z.B. Verkehrsstadtrat Kroiß kurz nach seinem Amtsantritt 2009 in einem Interview auf die Frage, wie stehen sie zu einem autofreien Zentrum, folgende Antwort gegeben: Ich halte es für sehr sinnvoll. Man könnte mit schönen Schanigärten mehr Menschen in die Innenstadt bringen. Das ist aber gegen die Kaufleute nicht durchzusetzen und würde für mich politischen Harakiri bedeuten. Die Welser sind gewohnt bis ins Zentrum zu fahren, auch wenn alle sagen, dass ihnen autofreie Innenstädte wie in Italien gefallen.

In ähnlicher Weise hat sich auch Vzbgm. Hermann Wimmer in einem Facebookeintrag geäußert: Autofreie Innenstadt ist super, aber in Wels kann man das nicht durchsetzen.

Warum können wir das nicht, meine Damen und Herren, wenn wir davon überzeugt sind, dass das richtig ist? Warum kapitulieren wir vor der vermeintlichen Stimme des Volkes, die in Wirklichkeit nur einige Stimmen einflussreicher Schreihälse sind, die noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen sind. Ich finde das falsch. Die Politik darf nicht kapitulieren vor jenen, die glauben es würde wieder eines Tages alles so werden wie früher, als noch ganz viele Parkplätze vorhanden waren. Es wird nie wieder so werden wie früher, sondern wir müssen neue Wege finden.

Schließlich sollte uns auch klar sein, dass der Stadtplatz und die Welser Innenstadt nicht der persönliche Besitz der Kaufleute ist. Sie darf auch nicht die Spielwiese der Autofetischisten sein, die keinen Meter mehr gehen können oder wollen. Die historische Altstadt soll allen Welsern und Welsnerinnen gehören und für eine möglichst vielseitige Nutzung offenstehen. Chillen, Flanieren, Erholen und Feiern in einer konsumfreien Zone müssen zum Shopperlebnis hinzutreten und als weitere Nutzungsfunktionen der Innenstadt hinzukommen. Wir müssen den Stadtplatz zu einer echten Wohlfühlzone machen, dem sind die abgestellten Autos im Wege.

Deshalb ist auch der von StR. Kroiß geäußerte Vorschlag eine Begegnungszone auf dem Stadtplatz zu schaffen nicht der richtige Weg. Eine Begegnungszone ist nichts anderes als das deutsche Wort des Konzeptes von Serge Baisse. Dieses Konzept bietet eine Möglichkeit, wenn es darum geht, Verkehrsflüsse so zu verknüpfen, dass alle Verkehrsteilnehmer aufeinander Rücksicht nehmen und dadurch der Verkehr verlangsamt wird. Darum geht es am Stadtplatz überhaupt nicht. Am Stadtplatz ist fast der gesamte Verkehr Parkplatzsuchverkehr und es ist vor allem der ruhende Verkehr störend. Wenn ich den ruhenden Verkehr auf ganz wenige Ausnahmen beschränke, wie z.B. die Zufahrt für Bewohnerinnen und Bewohner, dann ist dies nur eine Lösung den Stadtplatz wirklich autofrei zu machen.

Das historische Ensemble des Stadtplatzes mit dem Ledererturm als „Landmark“, muß vom Parkplatzsuchverkehr und vom ruhenden Verkehr so weit als möglich befreit werden damit er für Bewohnerinnen und Bewohner genauso wie für Touristinnen und Touristen in seiner ganzen Pracht erfahrbar wird und seiner Bedeutung entsprechend zur Geltung kommen kann. Der wirtschaftliche Erfolg stellt sich dann ganz von alleine ein, davon bin ich überzeugt.

Meine Damen und Herren, Politik muss nach vorne schauen und zukunftsorientiert agieren. Die Politik sollte gerade bei der Innenstadtgestaltung Visionen haben. Ausgehend von diesen Visionen sollten offensiv Argumente einsetzen, Stimmung dafür machen, Aktionen setzen die geeignet sind, die Angst vor fantasierten Katastrophen zu nehmen. So könnte ich mir z.B. vorstellen geeignete Pilotprojekte zu lancieren, wie z.B. einen autofreien Stadtplatz zur Adventszeit. Das würde die Möglichkeit eröffnen die vorweihnachtlichen Aktivitäten vom Pollheimerpark über den ganzen Stadtplatz bis zur Pfarrkirche auszudehnen und so ein stimmungsvolles Ambiente zu schaffen, das seines Gleichen suchen würde und das auch weitere Gäste in unsere Stadt locken könnte.

Auch ein autofreier Stadtplatz in den Ferienmonaten wäre so eine Möglichkeit. Den ganzen Platz zur Verfügung zu haben für Schanigärten, diverse Events, kulturelle Veranstaltungen und als Flaniermeile mit vielfältigen Attraktionen, das könnte das urbane Sommererlebnis werden.

Schließlich böte auch der autofreie Tag die Möglichkeit hier zumindest für einen Tag das Gefühl erlebbar zu machen, wie dieser Stadtplatz aussieht, wenn sich darauf keine Autos befinden. Wenn dann nach solchen Pilotprojekten alle Beteiligten gesehen haben, dass der Stadtplatz noch mehr kann als Autos einen Abstellplatz zu bieten, dann könnte man auch an eine bauliche Umgestaltung denken.

Wir Grünen können uns da verschiedenste Gestaltungsschritte vorstellen, damit der Stadtplatz zum Festplatz und zum Wohnzimmer der Welsnerinnen und Welsner werden kann. Die sollte unseres Erachtens am besten in einem breiten Bürgerbeteiligungspro-

zess erfolgen. Ein autofreier Stadtplatz ist die Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Visionen. Ich bitte sie, haben sie den Mut die Sache endlich anzugehen. Wir Grünen sind nicht so blauäugig zu glauben, dass hier und heute alle Fraktionen gleich zustimmen werden und schon im kommenden Jahr der Stadtplatz eine attraktive Fußgängerzone ist. Wir ersuchen sie eindringlich diese Idee nicht erneut in einer Schublade verschwinden zu lassen sondern einer weiteren ernsthaften Diskussion zuzuführen und mit dem entsprechenden Ernst und dem entsprechenden Nachdruck in Richtung autofreien Stadtplatz tätig zu werden, denn die Zeit ist reif dafür.

GR. Haböck: Wir stellen den Geschäftsordnungsantrag diesen Initiativantrag einem gemeinsamen Präsidial- und Integrationsausschuss, Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss sowie dem Verkehrs- und Straßenbauausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Haböck auf Zuweisung gegenständlichen Initiativantrages (Anlage 23) an einen gemeinsamen Präsidial- und Integrationsausschuss, Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss sowie Verkehrs- und Straßenbauausschuss zur weiteren Bearbeitung wird bei

23 Ja-Stimmen (SPÖ-, und GRÜNE-Fraktion)
gegen 10 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits ist bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

18.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Generalsanierung Sisi-Pavillon im Schlosspark Lichtenegg
DI-Verf-343-2012

GR. Prof. Mag. Teubl: Der Antrag zu Punkt 18. der Tagesordnung lautet wie folgt: Der sogenannte Sisi-Pavillon im Schlosspark Lichtenegg soll ehe baldigst einer Generalsanierung unterzogen werden. Ein entsprechender Ansatz ist im Budget 2013 vorzusehen. Das Schloss Lichtenegg ist eine der unbekanntesten Sehenswürdigkeiten unserer Stadt. Das obwohl es wegen seines Bezuges zu Kaiserin Sisi, deren Tochter das Schloss Lichtenegg einmal bewohnte, durchaus auch das Zeug hätte, touristisch vermarktet zu werden. Die Vorderfront des Schlosses versteckt sich schon seit Jahrzehnten hinter einem Umspannwerk der EWW AG und ist damit aus größerer Entfernung nicht zu sehen. Der Zugang ist nur Insidern bekannt. Keine Hinweistafel macht darauf aufmerksam, nicht einmal die Homepage der Stadt Wels erwähnt dieses Objekt.

Dementsprechend lieblos ist auch der Umgang der Stadt mit dem Park und den darin befindlichen baulichen Objekten.

Während das Schloss selbst durch private Sanierungsmaßnahmen in einem durchaus herzeigbaren Zustand gebracht wurde, wurde der Park immer wieder verkleinert. Zuletzt

durch den Bau einer Anlage für betreubares Wohnen. Uralte Bäume wurden gefällt und samt den dazugehörigen Zufahrten und Parkplätzen ist wieder ein ziemliches Stück des Parks verbaut und damit der Gesamteindruck des Parks für immer zerstört worden.

Die Bauwerke im Park, das ist einerseits das Zugangstor im Westen von der Stefan-Siedlung aus und der sogenannte Sisi-Pavillon, von dem hier die Rede sein soll, befinden sich schon seit langem in einem erbärmlichen Zustand. Im Jahr 2006 hat der Schneedruck dem Sisi-Pavillon den Rest gegeben. Das Dach stürzte ein, seither schreitet der Verfall rapide voran.

Immer wieder melden sich selbst ernannte Retter des Sisi-Pavillon in der Öffentlichkeit zu Wort, darunter auch der für Parkangelegenheiten zuständige Vizebürgermeister Dr. Wieser. Doch geschehen ist bis dato absolut nichts. Ich halte es für unerträglich, dass dieses Kulturdenkmal wegen parteipolitischer Querälen vor sich hinbröckelt. Die Sanierung des Objekts kostet kein Vermögen, deshalb stellen die Grünen hier und jetzt den Antrag umgehend eine Generalsanierung der Bauwerke im Schlosspark Lichtenegg in Angriff zu nehmen und vor allem im Budget 2013 entsprechende Mittel vorzusehen. Eine solche Vorgangsweise könnte den Sisi-Pavillon im aller letzten Augenblick doch noch vor dem Verfall retten.

Das sollte freilich nur der erste Schritt für die Wiedererweckung des Schlossparks sein, der derzeit weit unter seinem Wert gehandelt wird. Bei entsprechender Pflege könnte er ein wertvoller Naherholungsraum für die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils Lichtenegg sein. Doch jetzt geht es einmal um die Rettung eines Kulturdenkmals der Stadt Wels und um die Sanierung des Sisi-Pavillons.

GR Humer: Wir stellen den Geschäftsordnungsantrag, diesen Intitiativantrag dem zuständigen Bau- und Wohnungsausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Humer auf Zuweisung gegenständlichen Initiativantrag (Anlage 24) an den zuständigen Bau- und Wohnungsausschuss zur weiteren Beratung wird bei

29 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und FPÖ-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits und GR. Baumgartner sind bei der Abstimmung im Sitzungssaal nicht anwesend.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Resolution an das Bundesministerium für Unterricht Kunst und Kultur (BMKK), die OÖ Landesregierung und die zuständigen Organe des Landesschulrates zur Weiterführung des Schulprojektes zur Steigerung und Festigung der Lesekompetenz der Schülerinnen und Schüler für alle Welser Volksschulen:

Herr Vizebürgermeister Wimmer stellt fest, dass nun am Ende der Sitzung auch noch der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion zur Behandlung steht.

GR. Hoflehner: Kollege Humer hat ja schon einen Hinweis gegeben, dass heute Abend ein ganz wichtiges Tischtennispiel stattfindet und er den Schluss der Sitzung herbeisehnt. Ich möchte mich trotzdem nicht unter „Tischtennisdruck“ setzen lassen, sondern den Antrag, dem die Dringlichkeit zuerkannt wurde, ein wenig ausführen.

Ausführen dahingehend, dass ich noch einmal sagen möchte, dass das Ziel dieses Antrages bzw. der Resolution ist, in den Welser Volksschulen die Voraussetzungen zu schaffen, dass jedes Kind beim Übertritt in die nächste Schulstufe von der Lesekompetenz her in den Schulbetrieb integriert werden kann. Die heißt nichts anderes, als dass Kinder das verstehen, was sie benötigen, um den Unterricht folgen zu können.

Ein kurzer Exkurs zur Historie: Im Jahr 2011 hat der OÖ. Landesschulrat beschlossen, sich dem Thema Lesen und vor allem der Lesekompetenz ganz besonders anzunehmen. Dieser Beschluss endete letztendlich in einem Projekt Lesezeichen und in einem Subprojekt für die Volksschulen in Oberösterreich namens „Ich lese Impulse“.

Diese Leseimpulse finden in Oberösterreich in insgesamt 51 Volksschulen statt, zwei davon befinden sich in Wels. Dies wurde dankenswerter Weise schon zu Beginn der Sitzung von Herrn Bürgermeister angeführt. Warum wir glauben, dass die Dringlichkeit gegeben ist hat folgende Gründe:

1. Weil es ein sehr erfolgreiches Projekt aus der Sicht der Lehrerinnen und Lehrer, der Schülerinnen und Schüler und der Eltern ist.
2. Weil die zweijährige Anlaufphase nächstes Jahr zu Ende geht und wir dieses Projekt auf alle Welser Volksschulen ausweiten möchten.

Kurz zum Projekt Leseimpulse: Dieses Projekt läuft nach bestimmten Kriterien und Bedingungen ab. Diese Kriterien und Bedingungen können individuell verändert werden. Es gibt auch ein paar verpflichtende Teile. Ich möchte ihnen jedoch ersparen, diesen Antrag noch einmal vorzulesen. Vielleicht noch ein ganz wesentlicher Punkt: Im ersten Jahr gibt es eine Standortbestimmung von dafür ausgebildeten SprachheilpädagogInnen, im zweiten Jahr wird verpflichtend ein digitales Instrument eingesetzt. Dieses digitale Instrument enthält ein Lernprogramm namens Lesikus. Das Besondere daran ist, dass es in der Praxis sehr gut anwendbar und ein österreichisches Produkt ist. Dies hat jetzt weniger mit meinem Nationalstolz zu tun sondern vielmehr damit, dass es auch in der deutschen Sprache österreichspezifische Ausprägungen gibt. Das ist sehr wichtig.

Der zweite Effekt ist, dass es dieses Lernprogramm in Salzburg als Gründerstadt am Institut für Pädagogik gibt, daher dieses Programm dort weiterentwickelt wird und auch die Piloten evaluiert werden.

Wie geht es dann weiter? Letztendlich sollen alle Kinder die Schwierigkeiten mit der Lesekompetenz haben, mit bestimmten Formen und Methoden dazu gebracht werden, diese Lesekompetenz so weit zu vervollkommen, dass sie dem Unterricht ohne weiteres folgen können. Es geht nicht nur darum ein Buch zu lesen, sondern Lesen in unserer modernen Informationsgesellschaft auch als Arbeitstechnik zu begreifen. Es fängt

z.B. mit dem sinnverstehenden Lesen eines Stundenplanes an. Das klingt jetzt sehr einfach, erzeugt aber da und dort Schwierigkeiten.

Heute sind schon sehr viele Zahlen genannt worden. Experten aus den beiden am Projekt beteiligten Schulen erzählten mir, dass es in den Schulen ca. 10 % Kinder gibt, die bis zur zweiten Klassen diesen besonderen Förderbedarf benötigen. Die Ergebnisse sind hervorragend. Das durchgeführte Screening ergab, dass alle Kinder diese gewünschte und geförderte Lesekompetenz erreicht haben. Das Projekt Leseimpulse ist natürlich kein Wundermittel. Das soll man vielleicht auch nicht unerwähnt lassen. Alle Kinder, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf oder möglicherweise aus fremdsprachlichen Gründen Schwierigkeiten haben, werden mit diesem Projekt weder geheilt noch in die gewünschte Lage versetzt. Für diese Kinder gibt es andere Möglichkeiten, die wir heute schon hinlänglich besprochen haben. Ich möchte hier nur erwähnen, dass klarerweise z.B. für hör- oder sehbehinderte Kinder schon längst an der Sprachkompetenz gearbeitet wird. Die Lesekompetenz letztendlich für Lesen, für Rechnen, für Schreiben wird hier mehr oder weniger trainiert.

Worum geht es heute? Diese Resolution hat natürlich auch Folgen oder könnte Folgen haben, da sie sich an das Bundesministerium, an den Landesschulrat und an die Stadt Wels richtet. In diesem Projekt gibt es sogenannte Skills und Tools. Skills wären die Personen, die dieses Projekt mit den Kindern durchführen - Lehrerinnen und Lehrer mit Unterstützung von Ehrenamtlichen. Ein Tool habe ich bereits genannt, das ist das Computerprogramm Lesikus und dazugehörige Lernunterlagen. Fehlen tut ein Laptop, der ausschließlich für diese Arbeit zur Verfügung steht. Angelegenheit der Stadt Wels wäre die Beschaffung dieser Tools. Für die Skills richtet sich diese Resolution an die übergeordneten Stellen, in denen Wels als Schulerhalter keinen unmittelbaren Einfluss hat.

Das Projekt wird evaluiert, hat oberösterreichweit sehr gute Erfolge, weshalb ich sie ersuchen darf, diesen Antrag zu beschließen.

StR. Dr. Rabl: Ich kann dazu nur eines sagen: Herzliche Gratulation zu diesem außerordentlich guten Antrag. Wir sind der Meinung, dass hier eine Idee, die wir Freiheitlichen ja schon seit Jahren eingebracht haben, weiter fortgeführt und detailliert umgesetzt wird.

GR. Hoflehner: Es gibt in diesem Zusammenhang schon noch etwas worauf ich hinweisen möchte. In der Diskussion über bereits vorliegende Angebote ist der Verein „Buch.Zeit“ etwas „flapsig“ untergegangen. Dieser Verein „Buch.Zeit“ koordiniert für Oberösterreich dieses Projekt. Es gibt in Wels das oberösterreichische Lesekompetenzzentrum. Das ist eines der vielen Projekte, die hier gesteuert und koordiniert werden.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) wird

einstimmig angenommen.

Nach Durchführung der Bürgerfragestunde in der Zeit von 18.03 bis 18.11 Uhr erklärt Vzbgm. Wimmer die heutige Sitzung des Gemeinderates für beendet.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: